

Serpflichtung hat, nach der Rede der Genossin Dunder einen von der Gegenseite das Wort zu geben. (Zustimmung und lebhafter Widerspruch.)

Keil: Ich bitte, dem Vorschlage Fischers zuzustimmen. (Nein, nein!) Sie haben vorhin voller Entrüstung Härt! hörl gerufen, als Ihnen vortragen wurde, daß auf der württembergischen Landesversammlung eine 1½stündige Anklagerede gehalten worden sei, daß man jedoch dem angeblich Angeklagten das Wort zur Verteidigung nicht gegeben habe. Diese Darstellung ist an sich falsch, ich kann jedoch jetzt nicht darauf eingehen. Sie wird in der gesamten Parteigenossenschaft Württembergs Anlaß zur heftigsten Entrüstung geben. (Lachen.) Sie würden sich aber der größten Ungerechtigkeit schuldig machen, wenn Sie die Dundersche Rede ohne ein Wort der Erwiderung lassen würden, wenn diese Rede ins Protokoll und in die gesamte Öffentlichkeit kommen würde, ohne daß eine Antwort darauf gegeben werden kann. Die über die württembergische Landesversammlung in der norddeutschen Parteipresse verbreiteten Berichte waren so einseitig, verletzend und tendenziös, wie nur irgend möglich. (Zustimmung bei den Süddeutschen, Lärm bei einem Teil der Delegierten.) Schon aus diesem Grunde, aber auch mit Rücksicht auf den Charakter der Rede der Genossin Dunder ist es eine Forderung der Gerechtigkeit und Objektivität (Lachen) — Sie haben ja ganz falsche Darstellungen bekommen! — wenigstens einem der Redner, die eine andere Darstellung und eine Antwort geben wollen, das Wort zu erteilen. (Zustimmung. — Widerspruch.)

Anauer-Sonneberg: Der Parteitag kann sich, um den Schein irgendeiner Vergewaltigung zu vermeiden, einberichten erklären, daß ein Redner der württembergischen Landesleitung zu Worte kommt. Er hätte sich auf die Äußerungen der Genossin Dunder zu beschränken und nur darauf zu antworten, nicht aber die ganze Frage aufzurollen und stundenlang darüber zu reden.

Auer-München: Der Zweck des vorliegenden Antrages, so wurde uns mitgeteilt, sollte sein, Frieden zu stiften. Dazu ist die Rede der Genossin Dunder nun wirklich nicht angetan. (Sehr richtig!) Ich hätte den Antrag Dieß begrüßt, wenn er vor der Dunderschen Rede gekommen wäre. (Lebhaftes Sehr richtig!) Nachdem nun eine Reihe der Dunderschen Behauptungen von dem anderen Teil als unrichtig bezeichnet werden, müssen wir, um das Ansehen des Parteitages zu wahren, einem Vertreter der Genossen, die dies behaupten und angegriffen sind, die Möglichkeit einer Richtigstellung geben. Ich stelle den Antrag, Hildenbrand als Vertreter der württembergischen Landesorganisation das Wort zur Richtigstellung der Dunderschen Unrichtigkeiten zu geben und dann Schluß der Debatte zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Dieß: Wenn Sie den Antrag Auer-Fischer annehmen, dann können Sie die Debatte nicht mehr aufhalten, denn ein Wort wird das andere geben. (Sehr wahr!) Auch die Genossen aus Württemberg werden bei besserer Ueberlegung einsehen, daß mit meinem Vorschlag der Sache am besten gebient ist. (Hildenbrand: Dagegen verwahren wir uns, wir stehen doch nicht unter Kuratel!)

Moll Hoffmann (mit Klapsen der Ungebuld empfangen): Ich will nur darum reden, damit Sie schneller zur Abstimmung kommen. (Große Heiterkeit.) Nach § 4 der Geschäftsordnung hat nach formalen Anträgen nur je ein Redner für und einer gegen das Wort. Wäre danach verfahren, dann wären wir schon bei der Abstimmung. Geben wir einem Redner von dieser Seite (nach dem Riß von Hildenbrand, Keil, Franz usw. weisend) das Wort, so muß mindestens Genossin Dunder noch einmal reden.

Der Antrag Dieß wird unter Beifall angenommen. Ebenso Antrag 74. (Große Bewegung.)

Das Wort erhält zu folgender Erklärung

Hildenbrand: Die unterzeichneten württembergischen Mitglieder des Parteitages haben zu dem Antrage Westmeyer, Dunder, Zeitlin und Genossen folgende Erklärung abzugeben:

Die württembergische Landesorganisation ist ernstlich bemüht, die in ihrer Mitte bestehenden Differenzen zu schlichten. Die überwiegende Mehrheit der Parteigenossen des ganzen Landes ist von dem festen Willen erfüllt, den persönlichen, die Parteiarbeit schädigenden Streitigkeiten ein Ende zu machen, ohne damit die geordnete Austragung sachlicher Meinungsverschiedenheiten zu unterbinden. Will der Parteivorstand die württembergische Landesorganisation in diesem Bemühen unterstützen, so wird das zweifellos von allen Parteigenossen Württembergs einmütig begrüßt werden. Die württembergische Landesorganisation wird wie bisher auch künftig im Sinne und Geiste der Gesamtpartei arbeiten und bedarf daher nach dieser Richtung keiner besonderen Weisungen. Deshalb weisen die Unterzeichneten namens der von ihnen vertretenen württembergischen Parteigenossen den durch den Wortlaut des Antrages Westmeyer und Genossen erweckten Anschein, als arbeite die württembergische Landesorganisation bisher nicht im Sinne und Geiste der Gesamtpartei, als eine beweislose Behauptung mit Entschiedenheit zurück.

R. Hildenbrand (1. würtemb. Wahlkreis), **G. Fischer** (2. würtemb. Wahlkreis), **G. Fischer** (3. würtemb. Wahlkreis), **Chr. Meng** (4. würtemb. Wahlkreis), **R. Trost** (5. würtemb. Wahlkreis), **F. Kurz** (6. würtemb. Wahlkreis), **W. Beng** (14. würtemb. Wahlkreis), **W. Keil**, Mitglied des Reichstages.

David (zur Geschäftsordnung): Man hat mir das Wort zur Geschäftsordnung vorhin verweigert, obwohl ich mich in einem Zeitpunkt meldete, als noch keine Abstimmung in Frage kam. Man hat mir das Wort verweigert, nachdem es eine Reihe anderer Redner erhalten hatten, so daß also der vom Genossen Hoffmann angezogene Paragraf der Geschäftsordnung gar nicht in Betracht kommen konnte. Ich wollte das hier nur konstatieren. Es ist der zweite Fall von Vergewaltigung in dieser Angelegenheit. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen. — Lebhafter Widerspruch bei der Mehrheit, der der Redner beim Verlassen der Tribüne zuruft: Sie müssen wohl in dieser Sache ein sehr böses Gewissen haben!)

Es folgt der Antrag 69, der die genügende Unterstützung findet.

Evert (zur Geschäftsordnung): Genosse Dieß hat vorgeschlagen, die Angelegenheit der Beschwerdekommision zur Prüfung zu überweisen. Es liegt darüber schriftliches Material vor, die Beschwerdekommision hat auch Gelegenheit, die beteiligten Genossen zu hören und uns später Bericht zu erstatten. Ich möchte Sie bitten, jetzt nicht in eine Diskussion einzutreten, sondern den Antrag ohne weiteres der Beschwerdekommision zu überweisen. (Zustimmung.)

Der Vorschlag wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung:

Die Reichsversicherungsordnung.

Referent **Mollenbuhr** beginnt unter großer Unruhe zu sprechen: Ich begreife ja, daß einige Unruhe in dieser Versammlung ist, zumal, da das Thema bereits zwei Parteitage beschäftigt hat und da wohl jeder Teilnehmer des Parteitages schon ein oder mehrere Reden darüber gehalten hat und vielleicht

auch in Zukunft noch halten wird. Es wird deshalb schwer sein, irgend etwas besonderes Neues zu sagen. Aber es ist dennoch nötig, daß derartige Fragen immer wieder erörtert werden und nicht von der Tagesordnung verschwinden. Gerade die Fragen der Arbeiterversicherung werden jederzeit Gegenstand der Beratung von Arbeiterkongressen sein, weil es darauf ankommt, die Interessen der Arbeiter nach dieser Richtung hin noch nachdrücklicher zu vertreten, als es bisher schon geschehen ist. Ich gebe zu, daß das Thema an sich trocken ist, daß man durch andere politische Fragen viel leichter Begeisterung hervorrufen kann, trotzdem müssen solche Fragen immer und immer wieder von Neuem erörtert werden, damit die Massen in Bewegung bleiben. Die Arbeiterversicherung ist ja in den letzten Jahren ein erheblicher Teil der Gesetzgebung nicht nur in Deutschland gewesen, sondern auch in Frankreich, Oesterreich und England, und wir können mit Fug und Recht sagen, daß der Einwand der Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit, der früher fast überall dagegen erhoben wurde, allmählich verschwinden wird, denn davon kann keine Rede mehr sein, wenn alle Staaten solche Gesetze haben.

Der Gedanke der Arbeiterversicherung geht in Deutschland von der Sozialdemokratie aus. 1878 war es Welbel, der im Reichstage eine einheitliche große Versicherungsanstalt forderte, in der sämtliche Unternehmer verpflichtet sein sollten, sämtliche Arbeiter gegen Krankheit, Unfall usw. zu versichern. Die Fraktion hat von jeher bei der Schaffung der Arbeiterversicherung mitgewirkt, und wenn wir uns heute die Anträge ansehen, welche 1883 bei Schaffung des Krankenversicherungsgesetzes, 1884 und in den folgenden Jahren bei der Schaffung der Unfallversicherungsgesetze, 1888 bei der Invalidenversicherung gestellt sind, so werden wir finden, daß diese Anträge auch heute noch die Grundlage unserer Forderungen bilden. Es stellte sich nun die Notwendigkeit zu größeren Forderungen heraus. Man suchte früher nicht große Gedanken zu verwirklichen, sondern kleine Klagen zu beseitigen, und genau genommen waren die ganzen Versicherungsgesetze nur Versuche, zum Teil allerdings ganz gut gelungene Versuche. Aber es fehlte der ganzen Versicherung einmal der einheitliche Grundgedanke, und zwar nach jeder Richtung hin. In bezug auf den Kreis der Versicherten, die Art der Organisation, in bezug auf die Aufbringung der Mittel, in bezug auf die Rechtspflege, ging alles lunterbunt durcheinander. Man hätte glauben sollen, daß gerade hier die Reform zuerst ansetzen würde, zumal, da die Art der Organisation ungeheure Kosten verursacht und da man, sobald man an den weiteren Ausbau denkt, regelmäßig auf den Gedanken kommt, neue Organisationen zu schaffen, wie man das jetzt wieder an dem Gesekentwurf über die Versicherung der Privatbeamten sieht. Dadurch wird die Frage der Versicherung immer komplizierter, und gleichzeitig gehen erhebliche Mittel verloren, welche im Interesse der Versicherten verwendet werden könnten. Wie oft sehen wir auch, daß da, wo die Versicherung eigentlich helfen sollte, nicht geholfen wird, weil noch ein ganz erheblicher Teil außerhalb der Versicherung steht. Sterben doch in Deutschland jährlich etwa 22 000 Leute an Unfällen, während nur 9 bis 10 000 als versicherte Unfälle in Frage kommen! Oder aber es handelt sich um Fälle, welche nicht als Versicherungsfälle angesehen werden, z. B. Unfälle auf dem Wege von oder nach der Arbeit, Gewerkekrankheiten und dergleichen. Dazu kommt, daß da, wo die Versicherungen ineinandergreifen sollen, der Anschluß sehr oft verpaßt wird. Es besteht ein solches lunterbuntes Durcheinander, daß es dringend notwendig gewesen wäre, einmal einen einheitlichen Grundgedanken zur Durchführung zu bringen. Was aber macht die Regierung? Sie bringt eine Vorlage, die umfangreich ist, sehr umfangreich, die aber trotzdem alles vermissen läßt, was notwendig ist, und die sich darauf beschränkt, etwas zu machen, was man bei

jedem Buchbinder gemacht bekommen kann, wenn man sich die verschiedenen Versicherungsgesetze zusammenbinden läßt und die verschiedenen Paragraphen fortlaufend nummeriert. (Weiterheit und Sehr gut!) Das sind die Reimotive der sogenannten großen Reform. (Sehr richtig!)

Warum hatten die anderen Parteien ein so kühnliches Interesse an dem Zustandekommen des Wertes? Sie wollten zur Wahl irgendein soziales Gesetz haben, auf das sie hinweisen können, wenn man ihnen ihre Sünden vorhält, die sie bei den neuen Steuergesetzen und bei verschiedenen anderen Anlässen begangen haben. (Sehr richtig!) Die ursprüngliche Vorlage beschränkt sich darauf, einen alten Gedanken des Grafen Posadowsky wieder aufzunehmen, nämlich Versicherungsbehörden zu schaffen, etwas mehr, wie feinerzeit Posadowsky mit seinen Rentenstellen wollte. Der Vorentwurf der Regierung hatte noch eine gewisse Selbständigkeit für die Versicherungsämter vorgeesehen, aber die Selbständigkeit wurde wesentlich eingeschränkt, weil der erste Vorschlag auf erheblichen Widerstand bei den Unternehmern gestoßen war. Man wollte Versicherungsämter und Oberversicherungsämter, und wollte diese Behörden als Aufsichts- und Spruchbehörden für alle Versicherungsäzweige einführen. Daneben sollten allerdings schon wieder besondere Versicherungsämter für Staatsbetriebe sein. Die Krankenversicherung hatte man vorge schlagen, erheblich auszu dehnen, ein großer Teil der bisher Nichtversicherten, Landarbeiter, Diensthöten, Apotheker, Wanderarbeiter, Hausarbeiter sollten in die Versicherung einbezogen werden. Früher behauptete man immer, daß Landarbeiter und Diensthöten sich hierfür nicht eignen. Das war so lange, wie das Landesrecht billiger war als das Reichsrecht, aber nachdem das bürgerliche Gesetzbuch den Herrschaften einige Pflichten auferlegt hatte, war die Krankenversicherung der Diensthöten billiger als der bisherige Zustand. Dann aber sollte die Versicherung nicht etwa einheitlich sein, man wollte zwar die Gemeindefrankenkassen nominell beseitigen, aber an ihre Stelle die Landfrankenkassen setzen, man wollte Minimalzahlen für Betriebsfrankenkassen schaffen und ebenso für die besonderen Ortsfrankenkassen. Es wäre also ein erheblicher Teil der Klassen von der Bildfläche verschwunden, hätte man den Entwurf glatt angenommen. Dann aber wollte man auch die Selbstverwaltung erheblich einschränken, man sagte sich zugleich, wenn man den Arbeitern ihre Rechte rauben will, muß man ihnen auch Lasten abnehmen. Genau genommen bedeutete der Vorschlag der Regierung ja keine Halbierung, man räumte zwar Arbeitern und Arbeitgeber gleiche Rechte ein, aber man gab auch den Aufsichtsbehörden einen Einfluß, so daß unter Umständen eine Mehrheit gegen die Arbeiter immer vorhanden war. Im übrigen begnügte man sich damit, die Versicherungsgrenze auf 2000 Mark zu lassen, wo sie seit 1883 gewesen war, bei dem versicherten Durchschnittslohn auf 4 Mark, wo sie 1903 war, und bei dem wirklichen Lohn auf 5 Mark zu erhöhen. Dann wollte man freien Arzt und freie Heilmittel gewähren, wie bisher auch schon. Für die Neubesicherten sollte einige Minderleistungen gelten, die noch hinter den Leistungen zurückbleiben. Die die bisherige Krankenversicherung bot. (Hört! hört!) In der Unfallversicherung hatte man ebenfalls eine geringe Ausdehnung auf einige Arten von Arbeitern, die bisher nicht versichert sind, man hatte auch eine andere Regelung in der Rentenfestsetzung vorgenommen. Die Invalidenversicherung wollte man ausdehnen auf einige Gruppen, wie Schauspieler und Musiker, und außerdem hatte man die Witwen- und Waisensicherung. Durch die Halbierung der Beiträge wurde den Arbeitern ja etwas abgenommen, aber durch die Hinterbliebenenversicherung mußten sie wieder mehr bezahlen.

Wir Sozialdemokraten hatten keinen leichten Stand, unsere Marschroute war uns gegeben durch die Beschlüsse des Leipziger Parteitag. Nun ist es ja nicht ganz leicht, in einem Gesetzentwurf von 1754 Paragraphen alle Anträge unterzubringen, wir haben nicht weniger als 687 Abänderungsanträge stellen müssen, ja, wenn unsere Prinzipalanträge angenommen wären, dann wären wir vielleicht auf 2000 bis 3000 Anträge gekommen. Wir haben uns redliche Mühe gegeben, in der Kommission die Interessen der Arbeiter zu vertreten, aber wir stießen von vornherein auf einen erheblichen Widerstand. Das war vorauszusehen, weil ja die Parteien, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, die Interessen der Unternehmer zu vertreten, in der Mehrheit waren und gleich von vornherein mit einem geschlossenen Kartell auftraten. (Hört! hört!) Das waren die Konservativen und die Nationalliberalen, zu denen sich noch das halbe Zentrum gesellte. Auch die Freisinnigen gingen in manchen Fragen mit dem Block zusammen, so daß wir bei unseren Forderungen auf Erweiterung der Leistungen gegenüber den Verletzten, Kranken oder invaliden Arbeitern meist auf den geschlossenen Widerstand aller übrigen Parteien stießen. Eine ganz merkwürdige Rolle spielte dabei jene Partei, welche ja auch vorgibt, daß sie Arbeiterinteressen vertritt, nämlich das Zentrum. Die „Rheinische Volkszeitung“ hat einen Artikel J. G. — wahrscheinlich Johannes Wiesberts — veröffentlicht, worin es hieß: „Die Zentrumsparlei war der Reichsversicherungsordnung gegenüber wie bei so vielen anderen Gelegenheiten in die Notwendigkeit versetzt, zuerst in den eigenen Reihen den Boden der Einigung zu finden. Sie ist nicht in der Lage, wie die Sozialdemokratie, einseitige Interessen vertreten zu können, in ihr sind nicht nur Leute vertreten, die aus der Reichsversicherungsordnung möglichst viel haben wollen, sondern auch die Kreise, die die Sache bezahlen müssen.“ (Hört! hört!)

Aber wer muß denn die Sache bezahlen? Indirekt und direkt doch immer die Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Das Zentrum gab zum Teil nicht nur seine eigenen Grundzüge auf, sondern es setzte sich auch in Widerspruch mit seiner Haltung bei der ersten Lesung. Damals war es der Abgeordnete Spahn, der über die Versicherungssämter sagte, er bedauere es, daß die Vorlage von dem Vorentwurf abgewichen sei, es sei aber Aufgabe der Kommission, nach der Richtung zu wirken, daß für die Versicherungssämter eine größere Selbständigkeit geschaffen wird. Spahn ging nicht in die Kommission, sondern er überließ das anderen, wahrscheinlich hat die Richtung Erzberger die Mehrheit erhalten, und daher kam es, daß Erzberger in Verbindung mit Camp, Schiderl und Horn einen Antrag einbrachte, der die Versicherungssämter beseitigte und sie dem Landrat unterstellte. (Hört! hört!) Aber auch die eigentlichen Sozialpolitiker des Zentrums, Spitz und Trimborn, haben den Entwurf verschlechtert, indem sie das Bestätigungsrecht beantragt haben. (Hört! hört!) Das hatte noch nicht einmal die Regierung gefordert. Selbstverständlich stießen sie sofort auf die Gegenliebe der Konservativen. Wahrscheinlich wird man in Zentrumsgegenden damit agitieren, daß man etwas mehr Leistungen in das Gesetz hineingebracht hat, aber merkwürdigerweise war es gerade ein Arbeitervertreter des Zentrums, der immer hänge war, daß zu viel gegeben wird. (Hört! hört!) Das Stillschloß sollte nach der Vorlage in Höhe des halben Krankengeldes gewährt werden, aber Becker meinte, das sei etwas viel, und er beantragte, zu sagen, „bis zur Höhe“, so daß man auch weniger geben kann. (Hört! hört!) Er war es auch, der die Klasseneinteilung der Lohnklassen in den Krankentafeln von der Zustimmung des Oberversicherungsamtes abhängig machen wollte, damit nicht schlecht entlohnte Arbeiter ein unverhältnismäßig hohes Krankengeld bekommen, und er setzte diese Einschränkung auch

durch. Also gerade unter den sogenannten Sozialpolitikern und den Arbeitervertretern des Zentrums herrschte das Bestreben, den Versicherten nicht mehr zuzumuten zu lassen. Die Herren waren aber auch dazwischen, daß die Zwangsorganisationen beseitigt würden. Ein Zentrumsantrag wollte landwirtschaftliche Betriebsklassen sogar zulassen, wenn nur 20 Versicherte da sind, das heißt, jedem großen Mühenbauer sollte das Recht gegeben werden, eine Betriebsklasse zu gründen, wodurch die Versicherten geschädigt worden wären. Bei der ersten Beratung in der Kommission bestand zwar noch nicht das Kompromiß, das sich später bildete, aber trotzdem wurde eine ganze Reihe von Fragen, die für die Arbeiter von dem größten Interesse sind, gegen die Arbeiter entschieden. Man hatte zwar die Halbierung abgelehnt, aber das Zentrum war bereit, trotzdem die doppelte Mehrheit für die Wahl des Vorsitzenden und der Beamten einzuführen. Die Regierung sagte, die Arbeiter hätten mit ihrem Recht Mißbrauch getrieben, namentlich politischen Mißbrauch, aber es war merkwürdig, daß nicht nur in den Motiven keine konkreten Fälle angeführt wurden, sondern daß sich auch in der Kommission eine große Mundperre bemerkbar machte, man hatte absolut keinen Beweis für diese Behauptung. (Hört! hört!) Die Regierung wollte möglichst Unteroffiziere in die Beamtenstellen hineindringen, das war der leitende Gedanke. Das einzige Material, auf das sich diejenigen, die die Regierung unterstützen wollten, beriefen, war das bekannte Buch von Müller, das wir sofort widerlegen konnten, so daß man schließlich sagte, wenn auch neun Zehntel nicht zutreffen, sondern nur ein Zehntel, so genügt das doch, um den Arbeitern ihre Rechte zu rauben. (Hört! hört!)

Es kam freilich vor, daß eine Krankentafel einen Vertrag geschlossen hatte, der vom Oberverwaltungsgericht für ungültig erklärt wurde. Das ist auch vorgefallen schon passiert. Aber nichtbedeutender sah man, daß dies das Stedenpferd war, auf dem man herumritt, um die Rechte der Arbeiter einzuschränken. Freilich waren auch einige materielle Verbesserungen gemacht worden. So war die versicherungspflichtige Einkommensgrenze von 2000 auf 2500 Mark heraufgesetzt, die Wöchnerinnenhilfe war ausgedehnt, bei der Anrechnung des Lohnes war derselbe von 4 auf 5 Mark heraufgesetzt, die Vollanrechnung des Einkommens bei der Unfallversicherung war von 1500 auf 1800 Mark heraufgesetzt, bei der Invalidenversicherung war die Kinderrente eingeführt worden. Während aber die Vorlage die Ausländer etwa gleichberechtigt machen wollte mit den inländischen Arbeitern, wurden hier wieder vielfache Durchbrechungen beschlossen, und ebenso wurden Einschränkungen bei der Unfallversicherung beschlossen. Und bei der Invalidenversicherung wurde ein Teil der Reichslasten auf die Versicherungsanstalten abgewälzt. Immerhin waren einige Verbesserungen in der ersten Lesung beschlossen. Aber zwischen der ersten und zweiten Lesung bildeten das Zentrum, die Nationalliberalen und die Wirtschaftliche Vereinigung ein Kompromiß, und beschlossen einen Teil der Verbesserungen wieder zu beseitigen und jede weitere Verbesserung abzulehnen. Niemals brachte man in Erfahrung, weshalb eine schon geschaffene Verbesserung abgelehnt wurde, die Gegner begannen schon damals mit dem Schweigen. Nach der zweiten Lesung kam es zu einer sogenannten Ausgleichslesung, in der die bekannte Erklärung Delbrücks abgegeben wurde, daß der Mutterschutz heraus müsse, und daß jede weitere Verbesserung vermieden werden müsse, weil sie ein Scheitern der Vorlage zur Folge haben würde. Deshalb gab der nationalliberale Horn die Erklärung ab, sie würden für die Aufrechterhaltung der Kinderrente eintreten, wenn das Zentrum die Versicherung abgebe, keine Verbesserungsanträge mehr zu stellen und auch für keine von anderer Seite gestellten zu stimmen. Noch nie ist einer Partei eine solche Zumutung gestellt worden. Aber das Zentrum beugte sich

unter diesen Vorschlag, nicht aus Furcht vor den Nationalliberalen, sondern weil es wußte, daß das ganze Kompromiß nur das vertrat, was auch die Mehrheit des Zentrums wollte. Sie wollten keine Verbesserungen und ließen sich sehr gern zwingen, um vor ihren Wählern sagen zu können, wir sind ja zu unserer Stellungnahme gezwungen worden.

Nun die zweite Lesung im Plenum. Das war eine Komödie, wie sie wohl noch in keiner gesetzgebenden Körperschaft auf der ganzen Welt gespielt ist. Keine Kompromißparteien, die Nationalliberalen, die Konservativen, die Freikonservativen, die Antisemiten, das Zentrum, saßen geschlossen da und sagten nichts, stimmten aber jeden Verbesserungsantrag nieder. Wir hatten da, er einen sehr schweren Stand, weil es ja keine Debatte gab und man nie einen Grund von den Gegnern hörte, warum sie so stimmten. Wir hatten einige arbeitsreiche Wochen, und die ganze Fraktion trat in einer Weise ein, daß wir sagen konnten, wohl bei keinem Gesetz ist sie so im Feuer gewesen, wie bei der Reichsversicherungsordnung. Auf der ganzen Front sind wir vorgegangen und haben unsere Verbesserungsanträge gestellt und sie ablehnen lassen. Für den Geschichtsforscher wird es ein eigenartliches Bild sein und er wird sich fragen, warum denn so ganz handgreifliche Verbesserungen, die fast gar nichts kosteten, ohne Debatte abgelehnt wurden, weil die Mehrheit es hinter den Kulissen beschlossen hatte.

Bei einigen Fragen kam es ja zur Debatte. So bei dem Wächnerinnenlohn, wo der Zentrumsmann Nil und der Vertreter des Bundes der Landwirte, Lufsnagel, noch eine Verschlechterung einbringen wollten. Ich will darauf nicht eingehen, denn Genossin Bieck wird ja den Antrag der Frauenkonferenz begründen. Zu einer weiteren Debatte kam es bei der Frage der Selbstverwaltung. Da haben wir gezeigt, daß es eitel Lug und Trug ist, wenn die Gegner behaupten, sie beschneiden die Selbstverwaltung wegen vorhandener Mängel in Krankenkassen. Wir haben da gezeigt, welche Mängel in den Betriebskassen herrschen, und daß da der Sabel anzusetzen ist, wenn man bessern will. Das geschah durch eine wuchtige Anklage des Kollegen Emmel. Dann kam die Debatte am nächsten Tag. Man muß bis in die Zeit der Debatten über das Sozialistengesetz zurückgehen, um ähnlichen Wutausbrüchen im Parlament zu begegnen, wie denen des Grafen Westarp. Wertwürdig klang es aus seinem Munde, daß seine Partei auf Reinlichkeit im öffentlichen Leben halten wolle, seine Partei, die nur davon existiert, daß die Landräte und die Polizei öffentliche Mittel zu agitatorischen Zwecken gebrauchen! Eine Partei, die bis 1895 unter der Führung Hammersteins gestanden hat, spricht von Reinlichkeit! Das beweist, daß es an sachlichen Gründen fehlt, wie auch unsere Redner Eichhorn, Schmidt, Fischer und Heine darlegten. Aber es war ein Loben der Gegner, sie wollten sich selbst herausuchen, um sich zu sagen, sie haben einen Grund, den Arbeitern das Recht der Selbstverwaltung zu nehmen. (Lebhafte sehr richtig!)

Weiter kam es zu Debatten bei der Frage der Herabsetzung der Altersgrenze. Da wird aller Wahrscheinlichkeit nach im Lande eine immer größere Rolle spielen der Umstand, daß der vorige Parteitag in Jena es abgelehnt hat, einen Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersversicherung einzubringen. Ich hatte damals den Antrag bekämpft aus dem einfachen Grunde, weil ich mir sagte, es ist besser, wenn der Betreffende Invalidentrente erhält als Altersrente. Damals waren die Invalidentrenten gerade im Steigen begriffen. Aber sehr bald setzte die Rentenjagd ein, die Invalidentrenten sind erheblich herabgesetzt, und da ist es angebracht, mit der Altersrente herabzugehen. Wir hatten zu dem Antrag noch den zweiten Grund, daß die Welt zeigen wollten, daß die gegnerischen Parteien es mit ihren sozial-

politischen Anträgen gar nicht ernst nehmen. Denn im Jahre 1907, bei Beginn der Legislaturperiode, hatten die Konservativen und die Freikonservativen die Herabsetzung der Altersgrenze beantragt, und die Nationalliberalen hatten auch dafür gesprochen und gestimmt, und jetzt, wo sie Gelegenheit bekamen, für ihren eigenen Antrag zu stimmen, haben sie mit Ausnahme einer Anzahl Nationalliberalen geschlossen dagegen gestimmt. Es ist elender Lug und Trug, wenn diese Herren behaupten, sie täten etwas für die Sozialpolitik. (Sehr richtig!)

Auf den eigentlichen Inhalt des Gesetzes will ich nicht eingehen. Aber auf eines will ich hinweisen, was der ganzen Reichsversicherungsordnung einen eigentümlichen Reizschmack gibt, daß man nämlich im Einführungsgesetz das wieder ausgelöscht hat, was in der Reichsversicherungsordnung steht. Wahrscheinlich wird man sagen, vom 1. Januar 1912 an gibt man jedem Invaliden, der Kinder unter 15 Jahren hat, eine erhöhte Rente. Aber im Einführungsgesetz ist bestimmt, daß keiner diese erhöhte Rente bekommt, der schon Invalidenrente bezieht. Erst wer zukünftig Invalidenrentner wird, bekommt ebenfalls die erhöhte Rente. Weiter wird man sagen, es ist eine Witwen- und Waisenversicherung geschaffen. Nun frage man einmal, wie denn die Witwe heißt, welche die Rente bekommt. Man frage den, der davon redet, was denn die Witwe tun müsse, um für sich und ihre Kinder in den Genuß der Witwen- und Waisenrente zu kommen. Er wird nichts anderes sagen können als sie muß heiraten (Heiterkeit), ja, sie muß zunächst heiraten, und zwar einen Mann, der versicherungspflichtig ist, und wenn sie dann wieder Witwe wird und selbst invalide ist, kann sie die Witwenrente beziehen. Ist sie aber am 1. Januar 1912 Witwe, so bekommt sie keine Rente. Aber auch wenn sie Ehefrau eines Invaliden ist und sie wird nach zwei oder drei Jahren Witwe, so erhält sie ebenfalls keinen Pfennig. Früher hat das Zentrum behauptet, die Witwen- und Waisenversicherung solle ohne Beitragsverpflichtung gegeben werden, und jetzt sind die Beiträge in den oberen Klassen um 33 1/2 Proz. erhöht und bringt auch die Beiträge in Anschlag, auf deren Rückerstattung die Witwe jetzt Anspruch hat, und dafür gibt man ihr nicht etwa eine Rente, die ausreicht, sondern eine Rente von 50 Mk. Reichszuschuß und dazu 18 Mk., und für das erste Kind volle 9 Mk. und für jedes folgende Kind 1,50 Mk. für das ganze Jahr. Wenn man jemals von einer Verböhnung des Volkes sprechen konnte, so war es hier der Fall. (Lebhafte Beifall.)

In der dritten Lesung wurden einige kleine Verbesserungen eingeführt, die Versicherungsgrenze wurde wieder auf 2500 Mk. erhöht, sonst blieb aber alles beim alten. Man sagte, die Mehrkosten seien so groß, daß sie nicht mehr getragen werden können. Man behauptete, daß, wenn unsere Anträge angenommen werden würden, daraus eine Mehrbelastung von 2053 1/2 Millionen Mark entstehen würde. Diese Behauptung wird vielleicht in der Agitation eine erhebliche Rolle spielen. Die Sache liegt so. Als wir in der Kommission die Anträge durchberaten hatten, wurde gebeten, mitzuteilen, welche finanzielle Wirkung die verschiedenen Anträge haben würden. Es wurde uns vom Reichsamt des Innern eine Denkschrift unterbreitet, in der mitgeteilt wurde, daß die ganzen Lasten etwas über 700 Millionen Mark kosten würden. Bei der dritten Lesung kam nun der konservative Schildert mit den 2053 Millionen. Ich will Ihnen den Trick sagen, wie diese Steigerung entstand. Während man bei der ersten Rechnung die Jahresausgaben in Betracht zog, sind bei dem Rechnungsjahres die Kapitalbeiträge eingesetzt worden. Deshalb stellten z. B. Ausgaben von 28 Millionen in der Unfallversicherung auf 143 Millionen an. Auf diese Weise konnte man die höhere Summe herausrechnen. Mit solchen Mitteln operierten also unsere Gegner. Man kann die gegnerischen Agi-

tatoren sehr leicht in Verlegenheit bringen, wenn man sie auffordert, die einzelnen finanziellen Wirkungen vorzurechnen. Aber das hat man noch gar nicht nötig. Man muß nur in den Vordergrund schieben, was der Grundgedanke der sozialdemokratischen Anträge war. Der war der, daß alle Versicherungsbedürftigen gegen Krankheit, Unfall, Invalidität usw. versichert werden sollen. Nun kann man sagen, daß eine erhebliche Mehrbelastung entstehen wird, wenn alle Leute versichert sind. Man kann aber nur von einer Mehrbelastung sprechen, wenn man nachweist, daß die Personen, die nicht versichert sind, ohne Versicherung nicht krank werden, nicht berunglücken und nicht invalide werden. Wir haben verlangt Krankengeld in Höhe des vollen Lohnes, wir haben verlangt, daß die Schwangeren, die Wöchnerinnen und diejenigen, die Mutter werden, Hilfe haben sollen, wir wollten die Unfallrente auf den vollen Lohn heben und die Witwenrente der durch Unfall Getöteten auf ein Drittel, wir wollten eine höhere Invaliden- und Altersrente durch Verdoppelung des Reichszuschusses, wir wollten höhere Steigerungssätze bei der Invalidenrente und Hinterbliebenenversorgung, und wir haben Invalidenrente gefordert schon dann, wenn die Erwerbsfähigkeit nur zur Hälfte verloren ist. Das ist daselbe, was jetzt in dem kommenden Privatbeamtengesetz vorgesehen ist. Wir wollten die Witwenrente auf 20 Proz. des verdienten Lohnes festsetzen, so wie es im Unfallversicherungsgesetz vorgesehen ist, wir wollten Menschen etwas geben, der nicht krank, verletzt oder invalid ist, wenn es sich nicht um Mutterschaft handelt oder der Verlust des Ernährers vorlag. Wir wollten keinem ohne Eintritt des Versicherungsfalles etwas geben, wir wollten nicht hinausgehen über das, was sie an Lohn haben. Wenn daraus eine Mehrausgabe von 2000 Millionen entsteht, dann geht daraus hervor, welch ungeheures Elend noch in jenen Kreisen vorhanden ist, die gegenwärtig als krank und verlegt von der künftigen Rente leben müssen. (Sehr wahr!) Wir wollten die Lasten, die jetzt von den Unglücklichen getragen werden, auf die Allgemeinheit legen. Kostet es so viel, wie die Herren ausgerechnet haben, so sehen wir eben, wie jammervoll das Elend ist, unter dem die Leute zu leiden haben. Wedrigens hätten wir auch durch Annahme unserer Anträge höhere Einnahmen geschaffen. Es hätten höhere Beiträge geleistet werden müssen. Nun sagt man, die höheren Beiträge hätte die Industrie nicht tragen können. Das ist eine der bestbelegtesten Einwendungen, die die Kapitalisten machen, und die Minister sind ja von Amts wegen verpflichtet, diese Behauptungen zu glauben. Aber wie sieht es damit? Man weist auf unsere Ausfuhr hin. Haben andere Länder nicht auch eine Arbeiterversicherung und Lasten darauf? Welch einen erheblichen Einfluß hat denn die Ausfuhr auf unsere Produktion? Man nehme die Ergebnisse der Gewerbe- und Berufsählung und nehme das Verzeichnis der Ein- und Ausfuhr in die Hand. Dann frage man bei jedem Beruf: Wieviel ist von dem, was geschaffen worden ist, ausgeführt worden. Da ist der gewerbliche Berufszweig: Bauhandwerker. Was ist ausgeführt worden? Kein Pfennig. Man kann feststellen, daß mehr als die Hälfte der Berufszweige auch nicht einen Pfennig ausführen. Diejenige Industrie, die am meisten ausführt, ist neben der Eisenindustrie die Baumwollindustrie. Sie konkurriert immer mit den Maschinen und Werkzeugen. Wieviel führt sie aus? Das können wir nachrechnen, weil das gesamte Rohmaterial in der Einfuhr zutage tritt. Wenn wir annehmen, daß durch einen Doppelzentner Rohbaumwolle 80 Kilogramm Fertigproduktionen hergestellt werden, dann werden ungefähr 14 Proz. der gesamten Baumwollproduktion im Durchschnitt der letzten 10 Jahre ausgeführt. Bei der Baumwolle sind nach der Zählung von 1907 circa 40 Proz. unserer Textilarbeiter beschäftigt. Rechnet man, was die Unternehmer an Krankenkassenbeiträgen

zahlen müssen, einen Prozent des Lohnes, rechnet man dazu die gesamten Beiträge zur Unfallversicherung und zur Invalidenversicherung, so sehen wir, daß in für 1000 Mk. ausgeführter Baumwollware ein Unternehmerbeitrag von 2,50 Mk. kommt. Das ist etwas, was gar nicht in Frage kommen kann, wenn man demgegenüber die kolossalen Preisschwankungen beim Einkauf des Rohmaterials stellt. Alle anderen Behauptungen sind Ausreden. Aber es ist nicht die einzige Ausrede der Kapitalisten gegen den Ausbau der Arbeiterversicherung. Gerade in Deutschland haben die Arbeiter nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, diese Frage nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden zu lassen. Gerade im nächsten Reichstag wird es eine der ersten Aufgaben sein, eine Reform der Reichsversicherungsordnung zu verlangen, ebenso die Verwirklichung unserer Anträge und die Beseitigung eines erheblichen Teiles der Verschlechterung. Während früher bei der Rechtsprechung die Vertreter gleichmäßig von den Arbeitgebern und den Arbeitern gewählt wurden, ist es jetzt anders geworden. Es wählen die Vorstände sämtlicher Kassen. Bei den Landkrankenkassen werden aber die Vorstände nicht von den Versicherten gewählt, sondern von der Vertretung des Gemeindeverbandes, in Preußen also vom Kreisrat. Das ist aber eine Behörde, die von den Grundbesitzern gewählt ist. Da wählt also ein Teil der Vertreter mit, die von den Unternehmern direkt gewählt sind. So kommt es, daß von 36 Vertretern, von denen 18 Arbeiter und 18 Arbeitgeber sein sollten, 23 von den Unternehmern gestellt werden und nur 13 von den Arbeitern. Man sollte das gleiche direkte Wahlrecht einführen, wie an den Gewerbegerichten. Man könnte eine ganze Reihe anderer Fragen noch herausgreifen, aber eins ist besonders notwendig, daß ununterbrochen bei der Landagitation darauf hingewiesen wird, wie durch die Reichsversicherungsordnung die ganze Verhöhnung der Landarbeiter so recht in den Vordergrund gedrängt worden ist. Man muß die einzelnen Benachteiligungen der Landarbeiter zusammenstellen. Es gibt kein Mittel, womit man die Landarbeiter besser aufpeitschen kann, als gerade mit diesen Bestimmungen. Man muß nicht glauben, daß die Reichsversicherungsordnung ein langweiliges Thema ist. Gewiß, es ist schwierig, sich in die etwas krause Materie einzuarbeiten, aber jeder, der für die Arbeiterinteressen eintreten will, hat die Pflicht, sich mit derartigen Aufgaben zu beschäftigen. Wenn Sie sie erst einmal gründlich durchsehen, dann finden Sie, daß die Reichsversicherungsordnung, wie sie durch das Kompromiß geschaffen worden ist, ein Agitationsarsenal ist, wie wir in der ganzen Gesetzgebung kein zweites haben. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Louise Biez: Im Namen der Genossinnen, im Interesse der gesamten proletarischen Frauen bitte ich um Annahme der Resolution zur Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes, die ihnen gedruckt vorliegt.

Die sozialdemokratischen Frauen sind der Meinung, daß mit der parlamentarischen Erledigung der Reichsversicherungsordnung die Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes noch lange nicht erledigt ist, daß wir vielmehr Sorge zu tragen haben, die Agitation für diesen Schutz auch fürbeziehen in den Mittelpunkt des Interesses und der Agitation zu rücken. Durch Annahme der Resolution wünsche ich Ihre Zustimmung zu unserer Auffassung, daß wir die unerhörte parlamentarische Behandlung, die just diese Frage von der bürgerlichen Mehrheit erfahren hat, nutzen wollen, um die Massen der proletarischen Frauen in Stadt und Land zum politischen Leben zu erwecken, sie einzureihen in das Kampfheer der Sozialdemokratie, sie zu lehren, daß wir uns aus eigener Kraft an Reformen, an sozialer Fürsorge erzwingen müssen, was wir brauchen, um die Mütter und Säuglinge des Volkes ein wenig zu schützen vor dem zermalmenden Juggernautkarren kapitalistischer Ausbeutung;

was wir brauchen, um das Proletariat kampffähiger zu machen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu zertrümmern und die sozialistische an deren Stelle zu setzen.

Und ich wüßte neben der zur Hungersnot gesteigerten Teuerung keine Frage, die mehr geeignet wäre, den Proletarierinnen politisches Verständnis zu vermitteln, ihre Empörung wachzurufen, ihren Willen zur politischen Betätigung zu stärken, als diese.

Denn kaum je sind in so hohem Maße und mit so brutaler Rücksichtslosigkeit die Lebensinteressen der arbeitenden Schichten von den Vertretern des Besitzes mit Füßen getreten als hier.

Die Statistik beweist, daß durchschnittlich jährlich 50 000 Frauen infolge der Mutterschaft schwer erkranken und zeitweilig sich und krank bleiben; daß 10 000 Frauen im Wochenbett und davon 7000 an Kindbettfieber sterben. Das ist kein Wunder, wenn wir hören, daß allein im Königreich Preußen 128 822 Frauen ohne Hebammen und ärztliche Hilfe entbinden müssen. Die Zahl der Kinder, die im ersten Lebensjahr sterben, ist erschrecklich groß, es sind circa 400 000. Die Statistik sagt uns leider nichts davon, wieviel Kinder im Mutterleibe hungern müssen, wieviel im Mutterleibe verkrüppeln, und wie viele im Mutterleibe bereits sterben. Das alles ist eine Folge davon, daß aus der Arbeitskraft der weiblichen Proletarier von seiten der deutschen Unternehmer blinkendes Gold gemünzt wird. Das ist eine Folge davon, daß durch unsere wahnsinnige Zoll- und Steuerpolitik die Lebensmittel in unerhörter Weise im Preise in die Höhe getrieben werden. Das ist eine Folge davon, daß die soziale Gesetzgebung nicht eine großzügige Fürsorge für die Arbeiterschaft gebracht hat, insbesondere nicht für die Mütter und Kinder des Volkes. Die Reichsversicherungsordnung ist im Gegenteil zu dem schlimmsten Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter geworden. Damit ist bewiesen, daß die vielen Opfer, die von seiten der Frau in ihrer Eigenschaft als Mutter gebracht werden, und die vielen Opfer an Kindern, Ungeborenen und Neugeborenen, keine unabwendbare Naturnotwendigkeit sind, sondern daß sie in den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen wurzeln. Es wäre also sehr wohl möglich gewesen, durch eine durchgreifende soziale Gesetzgebung Wandel zu schaffen, es hätte manches gemildert und gebessert werden können. Wenn wir uns auch sehr wohl bewußt sind, daß bei der kapitalistischen Produktionsweise die herrschende Gesellschaft niemals die Hand bieten wird, die allumfassende, notwendige Fürsorge für Mutter und Kind zu schaffen, weil sie durch ihr Klasseninteresse, durch ihr Ausbeutungsbedürfnis daran gehindert wird. Erst in einer sozialistischen Gesellschaft, wo der Dienst, der durch die Mutterschaft geleistet wird, richtig bewertet wird, wo man in den Kindern die Träger der Zukunft und den höchsten nationalen Reichtum sieht, ist diese Fürsorge möglich. Erst dann werden die Kinder und Mütter nicht mehr Kulturbünger sein, werden sie nicht wie heute zugrunde gehen, weil es das Profitinteresse des Kapitals so will. Aber der geringe Schutz, den wir in der Resolution heischen, wäre auch heute schon möglich.

Als Kaiser Wilhelm II. zur Regierung kam, da hieß es, daß man keine Opfer scheuen dürfe, um für die Mütter und Kinder des Volkes Sorge zu tragen. Jetzt haben wir eine andere Rede des Kaisers gehört. Als er in Hamburg war, hat er seine neben ihm sitzende Gattin gefeiert als eine Frau, die in ganz besonders hohem Maße ihre Pflicht als Mutter erfüllt habe. Er hat sie gewissermaßen als Muster einer pflichttreuen Mutter hingestellt und der Vertreter der Regierung desselben Kaisers, der so die Mutterpflichten und das Mutterglück feierte, der Vertreter dieser Regierung erklärte, daß die Versicherungsordnung für die Regierung unannehmbar werden würde, wenn die

Forderungen, die die Sozialdemokraten in bezug auf den Mutter- und Säuglingschutz gestellt hatten, angenommen würden. (Lebhafte Zurufe.) Das war einer der schlimmsten parlamentarischen Skandale, die wir erlebt haben. In diesem Jahre hat sich auch die bekannte Rede des Kaisers in Königsberg gehört, wo er über die Aufgaben der Frau im Hause und in der Familie gesprochen hat. Er sagte, die Frau solle sich um die Politik nicht kümmern. Wenn irgend etwas geeignet ist, den Frauen die Notwendigkeit von der Beteiligung am politischen Leben einzupflanzen, dann ist es die Behandlung, die die Frage des Mutter- und Säuglingschutzes von der Mehrheit des Reichstages und den Regierungsvertretern erfahren hat. In der katholischen Kirche ist die Mutter Gottes heilig gesprochen. Man betet zu ihr. Und die Beanteten derselben Kirche haben sich im Reichstage neben den übrigen Vertretern des Besitzes in ganz unerhörter Weise gegen den Ausbau des Mutter- und Säuglingschutzes gewehrt. Der Konservative Husnagel und der Zentrumsmann Jül haben beantragt, daß in den Landkrankenstellen überhaupt keine Fürsorge für Mütter und Säuglinge Platz greifen solle. Diese Forderung hat einen so lebhaften Protest hervorgerufen, daß die beiden Männer nicht etwa aus Liebe zu Müttern und Kindern des Volkes, sondern weil sie die Abrechnung bei den Reichstagswahlen fürchteten, ihren Antrag zurückzogen, aber einen neuen einbrachten, der wieder von einer ganzen Reihe von katholischen Geistlichen unterschrieben war, und der auch angenommen wurde. Danach erhält die Frau in den Landkrankenstellen im Falle der Mutterschaft nur für 4 Wochen eine Unterstützung und nicht für 8 Wochen. Die Leute, die also eigentlich auf Grund ihrer Stellung und auf Grund der Anschauungen, die sie ja sonst draußen propagieren, für den ausgedehnten Schutz für Mutter und Kind eintreten müßten, sie waren die ersten, die diesen Schutz verhindert haben. Allerdings sind es die Zentrumsmänner nicht allein gewesen, sondern von den Konservativen an, über die Nationalliberalen und das Zentrum hinweg, bis hin zu den Linksliberalen, mit wenigen Ausnahmen, sind die Vertreter des Besitzes aufgestanden und haben alle Anträge niedergestimmt, die die Sozialdemokraten im Interesse von Mutter und Kind gestellt haben. Das können wir in der Agitation gar nicht genug hervorheben. Diese Tatsachen müssen wir in populärer Weise unter die Massen bringen und bei der Agitation verwenden. Dann wird es uns möglich werden, neben den Männern die Millionen von Frauen, die das ganze Katholizium sozial ungünstig gestellter Mitglieder durchzufüttern haben, die Hunderttausende, denen von ihrem Mutterglück nichts bleibt als ein paar Kindergräber, für uns zu gewinnen. Sie werden einsehen, daß sie damit eine Verbesserung der Entwicklungsmöglichkeiten ihrer Kinder sichern. Sie werden einsehen, daß es ein Verbrechen an ihren Kindern ist, wenn sie sich von unseren Reihen fernhalten. In Herz und Kopf aller dieser Frauen haben wir das heilige Feuer der Empörung anzufachen, es weiter zu schüren und zu sorgen, daß sich die proletarischen Frauen um die Fahne der Sozialdemokratie scharen und mit uns den Kampf führen gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für eine wirkliche Ausbreitung des Schutzes der Mütter und Säuglinge. (Lebhafte Beifall.)

Hoch: So groß die Entrüstung der aufgeklärten Arbeiter über den arbeitserfeindlichen Charakter der Reichsversicherungsordnung ist, so bin ich doch überzeugt, daß die arbeitserfeindlichen Bestimmungen dieses neuen Gesetzes in weiten Kreisen der Arbeiterschaft noch unterschätzt werden. Die Arbeiter haben das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen unter einem Manne wie Bismarck zur schlimmsten Zeit des Ausnahmegesetzes bekommen, und zwar deshalb, weil, wie der damalige Staatssekretär des Innern ganz offen erklärte, es unmöglich ist, die Krankenversicherung ohne die maßgebende Mitwirkung der Arbeiter

durchzuführen; die Krankenversicherung greift so weit in das Arbeiterleben ein, sie beeinflusst so sehr die wichtigsten Interessen der Arbeiter, der Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder, daß hier eine bürokratische Wirtschaft böses Blut machen und eine ungeheure Erbitterung herberrufen muß. Epigonen jenes Mannes sind allerdings über diese Bedenken erhaben. Was damals Männer von ganz anderer Bedeutung als die heute an der Spitze der Sozialpolitik stehenden glaubten nicht durchführen zu können, ist für die jetzt maßgebenden Herren eine leichte Sache. Sie wollen es versuchen, mit ausgedienten Unteroffizieren und Offizieren die Krankenversicherung durchzuführen. Ich bin überzeugt, wenn diese Bestimmungen des neuen Gesetzes in Kraft treten und unsere Bürokratie, angetrieben von rücksichtslosen Ausbeutern, sich daran macht, die Krankenversicherung nach ihrer Fassung zu behandeln, daß wir dann auf Schritt und Tritt die schlimmsten Konflikte bekommen werden, daß dann die Arbeiterinteressen bei jeder Gelegenheit auf das schmerzlichste verletzt werden, empfindlicher als auf irgendeinem anderen Gebiete. Wenn die Not aufs höchste gestiegen ist, die Arbeiterfrau verzweifelt an dem Krankenlager ihres Mannes steht, dann stellt sich der ausgediente Unteroffizier als Krankenkontrollleur ein, der die Kranken anschnauzt, ob sie denn noch immer nicht gesund sind. Derartige Schikanen werden die Arbeiter immer mehr empfinden. Wenn unsere Gegner meinen, sie brauchen den Arbeitern bloß den maßgebenden Einfluß auf die Krankenkassen zu nehmen, um die Arbeiter unschädlich zu machen, so müssen wir ihnen zeigen, daß sich die Arbeiter nicht beiseite schieben lassen. Deshalb sorgen Sie, Parteigenossen und Genossinnen, dafür, daß allerorten sich unsere Genossen immer mehr um die Krankenkassen kümmern, daß sie überall die wenigen Rechte, die sie nach dem neuen Gesetze haben, ausnutzen, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Unsere Reichstagsfraktion hat mit aller Kraft dahin gestrebt, den Arbeitern so viel Rechte wie nur irgend möglich zu erhalten und ihnen auch in Zukunft Gelegenheit zu geben, stets von neuem einzugehen, um die Arbeiterinteressen wahrzunehmen. Hier müssen die Genossen mit allem Nachdruck mitarbeiten, und zwar jetzt schon, bei der Neueinrichtung der Krankenkassen. Die Unternehmer sind bereits bei der Arbeit. (Sehr richtig!) Wie Sie aus der Arbeiterpresse wissen, sind aus den Kreisen der Betriebskrankenkassen Aufforderungen ergangen, daß die Unternehmer im Widerspruch zu dem Einföhrungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung noch vor dem Inkrafttreten der neuen Gesetzesbestimmungen möglichst viele Betriebskrankenkassen einrichten sollen, um dem Gesetze ein Schnippchen zu schlagen. Die bürgerlichen Sozialpolitiker bebauern es und jammern, daß die Regierungen nichts dagegen tun können. In Wahrheit sind aber die Regierungen sehr wohl in der Lage, dieses ungeschickliche Vorgehen zu verhindern. Gegen die Arbeiter haben die bürgerlichen Parteien Ausnahmestimmungen geschaffen, die schon am 1. August dieses Jahres in Kraft getreten sind. Die Unternehmer aber dürfen das Gesetz mißachten. (Sehr wahr!) Auch später müssen wir bei der Durchführung der Reichsversicherungsordnung praktisch mitarbeiten. So werden wir den herrschenden Klassen zeigen, daß der Arbeiterklasse das volle Selbstverwaltungsrecht auf die Dauer nicht vorenthalten werden kann. (Lebhafte Beifall.)

Mollenhuth (Schlußwort): Ich hätte freilich eine längere Debatte erwartet, um die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen, mit welchen Mitteln die Gegner auch noch nach Schluß des Reichstages arbeiten. Mir wurde z. B. am 17. Juli das Zentrumsblatt „Der Beobachter am Main“ zugesandt. Da ist berichtet, wie ein Zentrums-Arbeiterabgeordneter, Herr Schirmer, über die Tätigkeit des Zentrums referiert. Er behauptet, daß die Versorgung der bedienten Parteigenossen aus Krankenkassengeldern, die für die kranken Ar-

beiter bestimmt sind, so rücksichtslos betrieben wurde, daß 1906 ein Musterformular in Gebrauch kam, das die begünstigten Parteipründer mit Unabsehbarkeit versteht, wie sie kein Staats-, Gemeinde- oder königlicher Beamter besitzt. 8000 sozialdemokratische Agitatoren sitzen an den Futterlöchern (Heiterkeit) der von den Arbeitergewerkschaften erhaltenen Kassen und beziehen zum Teil Gehälter, welche die Höhe der bayerischen Ministergehälter erreichen. (Heiterkeit.) Es war höchst interessant, wie Abg. Schirmer folgenden drastischen Fall erzählte: Ein sozialdemokratischer Kassenrendant Meyer in Essen (lebhaftes Hör! Hör!) brachte 52 000 Mk. Krankengelder beiseite, da er nach der Reichsversicherungsordnung befürchten mußte, daß sein Gehalt von 9000 Mk. verkürzt werde. Mit den 52 000 Mk. Krankengeldern, die doch den Kranken gehören, wollte der rote Gemütsmensch (Heiterkeit) sein verkürztes Gehalt wieder auf die Höhe von 9000 Mk. bringen. So erzählte nach dem Zentrumsblatt der Abgeordnete Schirmer, der im Reichstag dabei gewesen ist, als festgestellt wurde, daß der betreffende Meyer nicht allein kein Sozialdemokrat ist, sondern, daß in der ganzen Essener Krankenkasse nur ein einziger Arbeitervertreter im Vorstande sitzt. Alle anderen gehören zum größten Teile der Zentrums- und nationalliberalen Partei an. (Hör! Hör!)

Schirmer hat in den nächsten Tagen erklärt, daß er nicht der Urheber der falschen Darstellung ist. Wahrscheinlich hat „Der Beobachter am Main“ es dem München-Madbacher Material entnommen.

Da kann man sich denken, was für Dinge die München-Madbacher den untergeordneten Leuten mitgeben, die aufs Land hinausziehen. (Sehr wahr!) Unsere Genossen müssen sich mit dem nötigen Material, das in Hülle und Fülle schon jetzt zur Verfügung steht, versehen. Die Nischaffenburg Genossen hätten auch finden können, daß dieser Fall Meyer schon mehrfach besprochen war. Im Handbuch wird noch weiteres Material gegeben werden. (Unter-München: Hoffentlich wird es halb fertig!) Es wird dringend nötig sein, daß diejenigen, die auf Agitation gehen, sich auch für diese Dinge interessieren. Wenn Sie diese Fragen ganz eindringlich behandeln, so werden Sie bald sehen, daß das Interesse der Leute erheblich steigt. Wir können durch Erläuterung der Versicherungsgefeßgebung und der hier bestehenden Zustände noch große Erhebungen machen und ich glaube, auch die Arbeiter werden für unsere Forderungen auf diesem Gebiete eintreten, wenn sie erst genügend unterrichtet sind, was hier noch zu erreichen ist und was hier noch erreicht werden wird. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Die von der Frauenkonferenz beantragte Resolution über den Mutter- und Säuglingschutz wird einstimmig angenommen.

Zu einer persönlichen Erklärung erhält das Wort

Reit: In dem Vortrag, den Genossin Dunder bei Beginn der Sitzung hielt, waren eine ganze Menge von persönlichen Angriffen auf mich enthalten. Es ist mir natürlich nicht möglich, im Rahmen einer kurzen Erklärung auf alle diese Einzelheiten einzugehen. Ich bitte Sie, mich nur zwei Minuten anzuhören, damit ich aus diesen rein persönlichen Angelegenheiten zwei Punkte herausgreifen und beleuchten kann. An diesen Beispielen können Sie dann überhaupt sehen, wie es mit den Darstellungen des Vortrags der Genossin Dunder steht. Genossin Dunder hat behauptet, ich hätte auf der Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokratie eine anberthaltshindige Anlagerebe gehalten, ohne daß dem Angeklagten die Möglichkeit zur Verteidigung gegeben worden wäre. Damit verhält es sich folgendermaßen und ich stelle das auch deshalb hier fest, weil die Wahrheit über diesen Punkt bis jetzt in keinem Parteiblatt nördlich des Mains zur Geltung gekommen ist,

Auf unserer Landesversammlung ist zunächst das kleine Broschürchen verteilt worden, das sie auch hier erhalten haben und das sich durchgängig mit meiner Person, teils rein persönlich, teils mit mir als dem Leiter des Stuttgarter Parteiblattes befaßt. Das war allein schon eine Anklagerede gegen mich, die eine Menge von Unwahrheiten enthielt, auf die ich leider, obgleich sie auch Ihnen unterbreitet worden sind, hier natürlich nicht eingehen kann. Wir kamen dann zum Punkt „Presse“ und es wurde nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte beschlossen, den beiden im Gegensatz zueinander stehenden Redakteuren Keil und Westmeyer unbeschränkte Redezeit zu gewähren. (Hört! hört!) Der Vorsitzende Dietz ging mit mir davon aus, daß ich zuerst das Wort mit unbeschränkter Redezeit bekommen sollte. Westmeyer verlangte nun das Wort, zunächst zur Begründung eines Antrages der Stuttgarter Organisation, und als die geschäftsordnungsmäßige Redezeit verstrichen war, unterbrach ihn der Vorsitzende und machte ihn darauf aufmerksam, daß die Redezeit abgelaufen sei. Darauf verlangte Westmeyer, jetzt entsprechend dem Beschluß der Landesversammlung, mit unbeschränkter Redezeit weiterprechen zu dürfen.

Genosse Dietz als Vorsitzender wollte das zunächst nicht zugeben. Es entspannen sich darüber längere persönliche Auseinandersetzungen. Schließlich willigte Dietz ein, dem entschiedenen Verlangen Westmeyers zu entsprechen und ihm jetzt schon, vor mir, das Wort mit unbeschränkter Redezeit zu geben. (Hört! hört!) Dann erst bin ich mit unbeschränkter Redezeit zu Worte gekommen, nicht zur Anklage, sondern zur Verteidigung gegen die beiden Anklageakte, die vorausgegangen waren. Wäre es nach meiner Erwartung und nach den Wünschen des Vorsitzenden Dietz gegangen, so wäre ich als erster Redner mit unbeschränkter Redezeit zu Worte gekommen und nach mir Westmeyer. Aber auf sein dringendes Verlangen ist Westmeyer als Ankläger vorangegangen und ich bin in der Verteidigung ihm gefolgt. Am Schluß der Debatte hat der Vorsitzende in vollständig loyaler Weise die Frage an die Landesversammlung gestellt, ob sie den beiden Hauptbeteiligten das Wort zum Schluß noch einmal geben wolle. Da die Versammlung schon anderthalb Tage dem Punkte gewidmet hätte und da Gefahr vorhanden war, daß die übrigen Punkte der Tagesordnung nicht zur Erledigung kommen würden und da beide Redner schon mit unbeschränkter Redezeit gesprochen hatten, so hat die Versammlung beschlossen, beiden das Wort nicht mehr zu geben. (Hört! hört!) Das ist die Wahrheit.

Der zweite Punkt ist die Behauptung der Genossin Dunder, die „Schwäbische Tagwacht“ habe „seit Jahr und Tag“ — sie sprach nebenbei von den vier Jahren, seit denen sie in Stuttgart ist — im Widerspruch mit den Anschauungen der Stuttgarter Parteigenossen gestanden. Die Wahrheit ist, daß seit den 16 Jahren, die ich in der Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ beschäftigt bin, im vorigen Jahre, im Jahre 1910, zum ersten Male eine Debatte über die prinzipielle und taktische Haltung der „Schwäbischen Tagwacht“ auf der Landesversammlung entstanden ist. Wahr ist, daß bis jetzt vor einem Jahr innerhalb der Redaktion prinzipielle Meinungsverschiedenheiten nicht geherrscht haben.

Das, Parteigenossen, ist nur ein Beispiel dafür, wie es mit der Richtigkeit der Behauptungen der Genossin Dunder steht. (Zuruf: Was das eine Erklärung?)

Vorsitzender Leber: Sie haben die Erklärung gehört. (Zuruf: Das war eine Debatte!) Eine Debatte kann darüber nicht eröffnet werden.

Hierauf verläßt die Versammlung die weitere Verhandlung auf Donnerstag 9 Uhr. Schluß 5¼ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 14. September 1911. — Vormittagsitzung.

Die Tribünen sind überfüllt.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr mit der Mitteilung, daß die Arbeiten des Parteitagcs so reich gefördert worden sind, daß Aussicht besteht, daß sie am Freitagmittag beendet sind. Da es sich diesmal um eine schwierige Wahl handelt, bitte ich die Wahlvorschläge zur Vier Kommission sowie zum Parteivorstand möglichst bald einzureichen.

Einige Begrüßungstelegramme sind noch eingegangen.

Vorsitzender Dietz macht Mitteilung von einigen Änderungen in der Marokko-Resolution des Parteivorstandes.

Auf der Tagesordnung stehen

die Reichstagswahlen.

August Bebel, mit stürmischem Beifall begrüßt, führt aus: Zunächst eine formale Bemerkung. Bekanntlich ist in der Vorversammlung am Sonntag der Parteitag übereingekommen, daß die Marokkofrage und die Frage der Reichstagswahlen in einem Referat zusammengefaßt werden sollen. Es hat sich allerdings bei näherem Zusehen herausgestellt und mir ist auch von mehreren Seiten derselbe Gedanke geäußert worden, daß es wohl am besten sein wird, wenn ich das Referat in zwei Teile zerlege, nämlich in die Frage der Reichstagswahlen und in die Marokkofrage. (Zustimmung.) Ich möchte aber zunächst die Marokkofrage behandeln, die uns ja im Augenblick am meisten interessiert. (Zustimmung.)

Die Marokkofrage.

Parteigenossen! Die Kolonialfragen haben in den letzten Jahrzehnten einen erheblichen Umfang in der öffentlichen Erörterung angenommen. Alle Großstaaten sind bestrbt gewesen, entweder die bereits bestehenden Kolonialgebiete erheblich zu erweitern oder neue Kolonialgebiete sich anzueignen. Deutschland war bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ein kolonialfreies Land, bis es endlich dem Drängen unserer Kolonial-Enthusiasten gelang, selbst einen Bismarck, der von der Kolonialpolitik nichts weniger als entzückt war, für sie einzunehmen, so daß er seine Zustimmung zu der Erwerbung der Gebiete in Afrika, zunächst Südwests-, dann Ostafrika und Kamerun gab. Es liegt auf der Hand, daß in dem Maße, wie derartige Expansionsbestrebungen in den verschiedenen Erdteilen der Welt sich bemerkbar machen, die rivalisierenden Nationen der Gefahr ausgesetzt werden, in allerlei Konflikte zu geraten. Denn wie auf dem ökonomischen Gebiete, auf dem Weltmarkte, die Konkurrenz überall die treibende Kraft ist und einer dem anderen mit allen möglichen Mitteln zuzuworkommen sucht, so ist nunmehr auch der Wettbewerb auf dem Gebiete neuer Kolonien in die Erscheinung getreten. Es liegen hierfür verschiedene Gründe vor. Zunächst will man neue Absatzgebiete für die eigenen Waren gewinnen, dann will man die Rohprodukte für den eigenen Markt erhalten. Drittens — und das spielt in Deutschland eine gewisse Rolle — will man für die Bevölkerung, da wir angeblich an Uebersättigung in Deutschland leiden, einen Abzugskanal schaffen, wo sie ihrem Erwerb nachgehen kann in weiterer Verbindung mit dem alten Vaterlande. Den Trieb der Bourgeoisie nach Kolonisation schildert das kommunistische Manifest also: „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Markt für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdoberfläche. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen . . . Die Bourgeoisie

reicht durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation." Die Zivilisation und das Christentum sind angeblich die Haupttriebfedern, die diesen Kolonialbestrebungen, diesem Suchen nach neuen Absatzmärkten unter Ausraubung fremder Völker zugrunde liegen. Nun, die Kolonialgeschichte, die wir in Europa vom Anfang des 16. Jahrhunderts ab betrachten können, ist eine Geschichte, die mit Blut geschrieben und von Anfang bis zum Ende mit Verbrechen besudelt ist. (Lebhafte Zustimmung.) Man hat in dem Zeitraum dieser Jahrhunderte ganze Völker ausgerottet und alle blühenden Kulturen vollständig vernichtet. (Zustimmung.) Man ist mit allen Mitteln, die die höhere Kultur und die Zivilisation an die Hand geben, gegen die eingeborenen Völker der fremden Länder vorgegangen, hat sie ausgeraubt, geknechtet, unterdrückt, vernichtet. (Sehr richtig!) Und wenn auch im Laufe der Jahrhunderte die Formen dieser Unterdrückung mit der Steigerung der Kultur milder geworden sind, so steht doch fest, daß noch bis heute Kolonialverbrechen aller Art eine große Rolle spielen. (Zustimmung.) Ob das katholische Frankreich, Spanien, Portugal, Italien oder das protestantische England, Holland und neuerdings Deutschland sich der Kolonialpolitik widmeten, ihrer aller Geschichte ist mit Blut und Verbrechen besudelt, und selbstverständlich haben die christlichen Geistlichen hüben und drüben alle diese Dinge im Namen des Christentums gutgeheißen. Wir selbst haben wiederholt Gelegenheit gehabt, im Reichstage in schärfster Weise Barbareien aller Art zur Sprache zu bringen. Das Stärkste, was man sich an Barbareien erlaubt hat, ist bekanntlich im südafrikanischen Aufstand vorgekommen. Daß das unterdrückte, ausgebeutete, geknechtete Volk zur Empörung griff, war sein gutes Recht. (Sehr richtig!) Es war ihr Heimatland, ihr Vaterland, das die Hereros gegen die fremden Eroberer zu verteidigen suchten, und was man uns als die höchste Ehre anpreist, die Verteidigung des Vaterlandes, das wurde jenen als Verbrechen angerechnet. (Sehr wahr!) Wie man strahlt, zeigt die Kriegsführung durch den General von Trotha, der die Hereros nach dem sogenannten Sandfelde treiben ließ, wo sie an Zehntausende, Männer, Frauen und Kinder, im Sonnenbrande verhungerten und verdursteten (lebhaftes Pfui!) — ein Vorgang, der ein Schandfleck für Deutschland bleiben wird, solange es eine Geschichte geben wird. (Sehr richtig!) In den letzten Jahrzehnten hat die Kolonialpolitik Deutschlands und der anderen Staaten sich hauptsächlich auf Afrika geworfen. Man hat Afrika in eine Reihe von Kolonialgebieten für die verschiedenen Mächte Europas aufgeteilt. Insbesondere ist es Frankreich gewesen, das schon lange sein Augenmerk darauf richtete, die sozusagen vor seiner Nase liegende nordafrikanische Küste von Ägypten an bis zum äußersten Westende Marokkos in seine Macht zu bekommen. Während der französischen Revolution unternahm bekanntlich bereits Napoleon den berühmten Feldzug nach Ägypten, um Ägypten Frankreich botmäßig zu machen. Die Sache mißglückte, er mußte sich zurückziehen, aber Frankreich hat Nordafrika nicht vergessen und hat wiederholt den endlich geslüchten Versuch gemacht, andere Länder der nordafrikanischen Küste sich zu unterwerfen. In erster Linie ist das mit Algerien geschehen. Nach unendlichen Kämpfen, die ungeheure Opfer an Menschen und Geld kosteten, war es 1831 gelungen, Alger zu erobern und es scheinbar zu pazifizieren. Aber seine etwa 5 Millionen Einwohner erhoben sich wiederholt in Aufständen. Vor allem war es Ab del Kader, der mehrfach siegreich die französischen Truppen bis an die Küste zurücktrieb, bis er 1847 selbst in französische Gefangenschaft geriet, womit die französische Herrschaft endlich befestigt war. Aber auch später folgten hin und wieder Aufstände. Bis heute hat Frankreich für diese Kämpfe und die Eroberung des Landes 6000 bis

7000 Millionen Mark ausgegeben, ohne daß die Vorteile, die es aus Alger zog, auch nur entfernt den ungeheuren Geld- und Menschenopfern entsprechen haben. Unter den Menschenopfern befanden sich leider auch Zehntausende von Deutschen, die sich verleiten ließen, in die Fremdenlegion einzutreten und dort für fremde Interessen ihr Leben einsetzten.

Frankreich hatte aber sein Auge auch auf Tunis geworfen, und in der Tat gelang es ihm im Jahre 1881, die Schutzherrschaft über Tunis zu erlangen. Dadurch wurde es angereizt, auch in Marokko in gleicher Weise vorzugehen, was die anderen Staaten, die dort, wenn auch in beschränktem Maße, Handels- und Verkehrsinteressen wahrzunehmen hatten, veranlaßte, im Jahre 1881 zu einer Konferenz in Madrid zusammenzutreten, an der sich auch Deutschland beteiligte, und deren Resultat war, daß in bezug auf Marokko die offene Tür gelte und keine Nation besondere Vorrechte genießen sollte.

Aber das Drängen der französischen Kolonialkapitalisten und -gesellschaften hörte nicht auf. Der Naturreichtum Marokkos an Erzen aller Art, der große Reichtum weiter Bodenschichten, die alle möglichen Fruchtarten in Fülle und Fülle erzeugen, kurz Ausbeutungsobjekte von ungeheurem Wert boten, veranlaßte namentlich die französischen Kolonialinteressenten, die Regierung unausgeseht weiter zu treiben. Infolgedessen ist seit 1903 auch bei uns die Marokkofrage nicht mehr von der Tagesordnung verschwunden, und namentlich seitdem deutsche Kolonialgesellschaften in Marokko Fuß faßten. Es ist seitdem fast kein Jahr vergangen, in dem nicht der Reichstag mehr oder weniger große Debatten über Marokko gehabt hat.

Ein ganz neues Gesicht bekam die Frage im Jahre 1904 dadurch, daß es dem König Eduard VI. gelang, einen Friedens- und Freundschaftsvertrag mit Frankreich zu schließen, durch den er — woran England sehr viel lag — die unbestrittene Vorherrschaft in Ägypten erlangte und dafür Frankreich freie Hand in Marokko und Nordafrika gewährte. Ende der sechziger Jahre hatte Frankreich mit ungeheuren Kosten den Suezkanal gebaut, England war darüber eifersüchtig, es erkannte sofort, daß der Kanal für seine materiellen und kriegerischen Interessen im fernen Osten Asiens ungeheure Vorteile biete, und es wandte nun alle Intrigen an, um die Mehrzahl der Suezkanalaktien in seine Hände zu bekommen, und so die Franzosen aus der Verwaltung des Kanals zu verdrängen. Ägypten unbestritten in ihre Gewalt zu bekommen, war naturgemäß das weitere Streben der Engländer, was eine Menge schwerer Reibungen zwischen England und Frankreich hervorrief. Endlich kam auf Betreiben Eduards VI. ein Vertrag zustande, durch den Frankreich konzidierte, daß England die Vorherrschaft in Ägypten erhielt, wofür andererseits England sich von seiner Vormachtstellung, soweit sie handelspolitisch in Frage kam, in Marokko zurücktrat und Frankreich dort und in ganz Nordafrika freie Hand ließ.

Bis dahin war der englische Handel weitaus überwiegend, er belief sich, wenn ich die Ziffern richtig im Gedächtnis habe, um jene Zeit auf etwa 100 Millionen Franken, der französische blieb weit dahinter zurück, er betrug nur etwa 30 Millionen Franken, und der deutsche Handel kam kaum in Betracht, er betrug nur etwa 6 Millionen Franken. Im Laufe der Jahre hat sich das allerdings geändert. Mit der Zurückziehung der Engländer aus Marokko ist ihr Handel nicht unerheblich zurückgegangen, er betrug im Jahre 1909 nur noch 67 Millionen, der französische Handel dagegen war von 30 auf 52 Millionen und der deutsche von 6 auf 14 Millionen gestiegen. Nun soll nicht bestritten werden, daß Marokko zu denjenigen Ländern gehört, die bei vermünftiger Wirtschaft einer großen Entwicklung fähig sind, daß, wenn in der Tat mit den geeigneten Mitteln, gegen die wir auch, wenn sie die rechten

wären, nichts einzutreiben hätten, die Kolonisation Marokkos betrieben würde, der Handelsverkehr gewaltig stiege und damit auch große Vorteile für Deutschlands Handel in Aussicht ständen. Das eine glaube ich aber in erster Linie postulieren zu müssen: wir Sozialdemokraten, die wir der ganzen Marokkopolitik, wie ich das später darlegen werde, feindlich gegenüberstehen und, wie sie jetzt betrieben wird, feindlich gegenüberstehen müssen; wir haben das natürliche Verlangen, daß Deutschlands Handel und Deutschlands industrielle Entwicklung unter den gleichen Bedingungen in Marokko sich vollziehen können, wie die jedes anderen Staates (lebhaft Zustimmung), daß also alle Staaten unter voller Gleichberechtigung in Marokko ihre Interessen verfolgen dürfen, daß keine der anderen vorgezogen wird, keine ihre Stellung mißbraucht, um die anderen zurückzudrängen, wie man das ja — und das ist die Hauptursache des Konflikts — der französischen Regierung vorwirft, indem sie die Bestrebungen deutscher Interessenten, in Marokko Fuß zu fassen und dort Ausbeutungsinstitutionen zu schaffen, hintanzuhalten sucht. Es sind sehr verschiedene Kapitalistengruppen an diesen Ausbeutungsobjekten interessiert. Deutschseits sind es vorzugsweise die Gebrüder Mannesmann und ihre Vorkurskäufer, auf französischer Seite ist es eine deutsch-französische Verbindung, die dasselbe erstrebt, es ist Thijssen, Wohlen-Krupp und noch ein drittes westfälisches Werk, ferner Schneider-Creuzot und eine große Handelsfirma in Rotterdam.

Diese beiden kapitalistischen Gruppen, deren Interessen sich in gewissem Maße gegenüberstehen, haben sich seit Jahren auf dem Boden Marokkos bekämpft und die Klagen, die die Gebrüder Mannesmann über ihre Behandlung durch die Franzosen erheben zu dürfen, haben dann in Deutschland die Marokkofrage aktuell gemacht. Nach 1904 machte Frankreich, gestützt auf England, erste Versuche, sich in Marokko festzusetzen, es allmählich unter seine politische Oberherrschaft zu bringen; und die Differenzen und Streitigkeiten, die hieraus entstanden, veranlaßten den deutschen Kaiser im Frühjahr 1905, die berühmte gewordene Reise nach Tanger zu unternehmen. Es war bisher noch nicht vorgekommen, daß der Monarch eines der stärksten Staaten der Welt, der ersten Militärmacht, in einer solchen Frage, die keinerlei Lebensinteressen für die deutsche Nation in sich schließt, eine Reise nach fernem Gebieten machte, um dort vor aller Welt zu bezeugen, daß sein Land auch dabei sein wolle, daß es sich nicht zurückdrängen lasse, daß er dafür eintrete, daß die Unabhängigkeit des Sultans und die Integrität seines Staates voll und ganz erhalten werde. Daraus haben dann die Marokkaner in ihren phantastischen Gebanftengängen mit einem gewissen Recht geschlossen, daß Deutschland gegebenen Falles bereit sein würde, mit Waffengewalt sie gegen die französischen Uebergriffe zu verteidigen. Wir haben uns im Reichstag mit aller Energie gegen diese Reise gewandt und erklärt: Selbstverständlich müssen die handelspolitischen Interessen Deutschlands nach jeder Richtung hin sichergestellt werden. Sie dürfen keine Benachteiligung erfahren, aber wir haben uns um die innere Entwicklung Marokkos nicht zu kümmern, das sind nicht unsere Interessen, und am allerwenigsten können wir zugestehen, daß es wegen dieser Dinge zu einem großen europäischen Konflikt kommt, der ungeheure Opfer an Menschen und Gut erfordern würde. Diese Ansicht beherrschte damals fast ganz Deutschland. (Sehr wahr!) Allerdings hatte die Tangerreise des Kaisers einen Vorteil: sie hat in der ganzen mohammedanischen Welt den Glauben erweckt, daß Deutschland der Schutzherr des Mohammedanismus sein wolle (Sehr richtig!), daß Deutschland mit diesem sympathisiere, daß es den Schutz, der jetzt Marokko versprochen wurde, gegebenenfalls auch den anderen mohammedanischen Mächten zuteil werden lasse. Die Auffassung wurde auch dadurch begünstigt, daß der deutsche Kaiser 1897 oder 1898 eine Reise nach

Konstantinopel unternahm, dem Sultans einen Besuch machte, ihm schöne Geschenke mitbrachte und solche vor ihm in Empfang nahm. (Seiterkeit.) Damit war schon damals der Gedanke in der mohammedanischen Welt hervorgerufen, Deutschland ist unsere Schutzmacht, auf Deutschland können wir uns alle verlassen. Nun, der mohammedanischen Welt wird es in diesem Falle so ergehen, wie den Buren mit der berühmten Krügerdepeche (heitere Zustimmung) und einige Jahre vorher China im Frieden von Schimonseki. Als China gegen Japan unterlag, und Japan diese Niederlage Chinas ausnutzen wollte, um die Mandchurie mit Port Arthur einzusacken, wurde es daran durch die Intervention Deutschlands, Frankreichs und Rußlands verhindert. Dieses Dazwischentreten zwang Japan, bedeutende Konzessionen an China zu machen und auf die Mandchurie und Port Arthur zu verzichten. Es verstand sich von selbst, daß von diesem Augenblick an Deutschland in gewaltigem Ansehen in China stand und daß damals China, wie später die Marokkaner, in dem deutschen Kaiser eine Art Schutzheiligen sahen. (Seiterkeit.) Drei Jahre später hat Deutschland die Rechnung präsentiert in der berühmten Forderung von Kiautschou. Und im Vorergründe war es gerade der Weltmarschall von Waldersee, unter dessen Anführung die Deutschen in der Unterdrückung nicht nur des Vorergründes, sondern auch noch bei manchem anderen in China in einer Weise gemüht haben, daß den armen Chinesen Hören und Sehen vergangen ist. (Sehr richtig!) Auch diese chinesische Illusion von deutscher Hilfe und deutscher Freundschaft ist gründlich zerstört worden.

Die Reise des Kaisers nach Tanger war also der Gegenstand heftiger Erörterungen von unserer Seite im Reichstage. In der Thronrede, mit der damals der Reichstag eröffnet wurde, nahm der Kaiser Bezug auf jene Reise. Es sei ihm darum zu tun gewesen, den Frieden aufrecht zu erhalten, nicht nur für unser Land, sondern überall in der Welt, soweit seine Macht reiche. Aber die Vorgänge, die sich an seine Reise geknüpft hätten, hätten ihm gezeigt, daß es denn doch notwendig sei, Deutschlands Heeresmacht zu verstärken. Darin liegt die Sache aus. (Hört! hört!) Aber kein Wort davon, daß man in Marokko etwas Besonderes suchen wollte. Im Gegenteil, Fürst von Bülow erklärte am 6. Dezember 1905 im Reichstage ausdrücklich, nachdem er auseinandergelegt, weshalb jene Aktion in Marokko unternommen wurde: „Als keine Gebietserwerbungen in Marokko, wohl aber Achtung vor den bestehenden Verträgen, Achtung unserer politischen Stellung zu Marokko als einem unabhängigen Staat, Achtung unserer wirtschaftlichen Gleichberechtigung in Marokko.“ Dieses „keine Gebietserwerbungen“ müssen wir besonders im Auge behalten. (Sehr wahr!) Veranlaßt durch diese Tangerreise, kam die berühmte oder berühmte Agadir-Konferenz, die vom 6. Januar 1906 bis Anfang April versammelt war. Die Diplomaten der verschiedenen Staaten, die an der Konferenz teilnahmen, haben diese Akte gemeinsam beschlossen, mit der sie glaubten, ein Meisterwerk geschaffen zu haben. Deutschland hatte, mit Ausnahme Oesterreichs, des „brillanten Sekundanten“, alle Mächte der Konferenz gegen sich. Es trug keinen Gewinn davon. Allerdings hatten auch die anderen, namentlich die Franzosen, keine Ursache, sich besonders zu freuen. (Seiterkeit.) Der Hauptinhalt jener Akte war, daß Frankreich und Spanien als den nächstgelegenen und am meisten interessierten Mächten die Polizeigewalt in einer Anzahl Häfen Marokkos übertragen wurde. Es sollte ferner eine Bank geschaffen werden, denn wo man auf Raub ausgeht, muß selbstverständlich zuerst eine Bank vorhanden sein (Seiterkeit), und durch Schulden, zu denen man dann die Staaten nötigt, bekommt man sie erst in die Gewalt. Ferner wurde festgesetzt, daß bei der Ausführung von Staatsarbeiten die Industriellen der verschiedenen Mächte in gleicher Weise zugelassen seien und kein Unterschied

zugunsten der Unternehmer irgendeiner Macht gemacht werden solle. Die Gebrüder Mannesmann stützten sich darauf, daß sie von dem damaligen Sultan Abdul Afis angeblich eine durch Gesetz bekräftigte Konzession von Bergwerksrechten erlangt hätten. Sie forderten, daß diese Konzession in volstem Umfange aufrechterhalten werde, was weder die Algeriras-Konferenz noch, als später diese Forderungen im Reichstage zur Erörterung kamen, die Reichsregierung anerkannte. Das hat in hohem Maße dazu beigetragen, die Dinge zu verschärfen. Mannesmann und Konsorten, die die großkapitalistischen Unternehmer in Rheinland-Westfalen hinter sich hatten, wollten mit aller Gewalt, daß diese sich auf, ich glaube, 50 000 Quadratkilometer, also fast auf eine Fläche so groß wie Süddeutschland, erstredende Bergwerkskonzession voll aufrecht erhalten werde. Die Algeriras-Konferenz beschloß dagegen, daß ein Berggesetz nach europäischem Muster geschaffen werde, das durch die diplomatische Vertretung der verschiedenen Mächte in Tanger bestätigt werden sollte, man war also nicht geneigt, die Auffassung der Gebrüder Mannesmann zu teilen.

Bald genug stellte sich aber heraus — wie es andernfalls die Deutschen ganz ebenso gemacht hätten, vielleicht nur energischer —, daß Frankreich alles aufbot, sich ganz Marokko politisch zu unterwerfen. Es entstanden Unruhen in Marokko. Parteigenossen, es ist sehr leicht, in einem solchen barbarischen Lande Unruhen anzusetzen. Wenn der Marokkaner auch ein Barbar ist, so ist er doch für klingendes Geld sehr zugänglich, weil er keines hat. (Geiterkeit.) Ein goldenes Franzosenfrankstück ist für ihn ein sehr bedeutender Wert, und wenn eine Macht an dem Entstehen von Unruhen interessiert ist, um den Vorwand zu Interventionen zu haben, dann wird sie mit der Anwendung von ein paar Hunderttausend oder ein paar Millionen Frank nicht zögern. (Sehr richtig!) Inwieweit das geschah, weiß ich nicht. Ich kann nur andeuten, daß es keine Kunst ist, nach beliebigen Unruhen hervorzurufen in einem solchen Lande. Es kam die Besetzung von Abdschda, die Beschießung von Casablanca unter einem ganz nichtigen Vorwand; die Franzosen wüteten barbarisch gegen die Stadt und ihre Einwohner. Es wurde schon damals in Deutschland eine Intervention verlangt. Die Algerirasakte liege zerrissen am Boden. In den Anfängen der Marokkofrage war übrigens in Deutschland die Frage aktuell, ob nicht Casablanca ein deutscher Hafen, eine deutsche Flotten- oder Kohlenstation werden solle. Diese Frage ist nachher verschwunden, ein Blick auf die Karte zeigt, daß gerade Casablanca der angreifbarste Ort im Falle eines Krieges gegen Deutschland gewesen wäre. Man mag das rasch begriffen haben und ist daher von dem Verlangen, Casablanca zu besetzen, zurückgekommen.

Mittlerweile wurde Abdul Afis von seinem Bruder Muley Hafid gestürzt. Eine Anzahl Stämme waren aber damit nicht einverstanden. Sie opponierten und griffen zur Gewalt. Kurz, die Dinge wurden in Marokko allmählich sehr ungemütlich. Man glaubte die deutsche Regierung, noch ein besonderes Abkommen mit Frankreich treffen zu müssen, durch das nach ihrer Ansicht, in höherem Maße, als es durch die Algerirasakte geschah, die Interessen Deutschlands gegenüber denen Frankreichs gesichert wurden. Es sollte gleichsam eine Scheidelinie gezogen werden, nach der die Interessen der beiden Mächte auseinanderzuhalten seien. Das war der Vertrag vom 9. Februar 1909, das deutsch-französische Abkommen, das bekräftigt wird als Fortsetzung im Geiste der Algerirasakte, das sie aber vollständig zerriß. Dieses Abkommen ist außerordentlich wichtig, namentlich angeht es die Vorgänge, die sich in der Marokkofrage in neuester Zeit ereignet haben.

In diesem Abkommen erkennt Deutschland Frankreich gegenüber an, daß Frankreich besondere politische Interessen in Marokko wahrzunehmen habe, die

für Deutschland nicht in Frage kommen, andererseits erklärt Frankreich, daß es den wirtschaftlichen Unternehmungen Deutschlands und seinen industriellen nach keiner Richtung Abbruch tun wolle. Es schien also hüben und drüben voller Einklang zu herrschen. Im Reichstage waren die Vertreter aller bürgerlichen Parteien mit dem Abkommen einverstanden. (Hört! hört!) Der Reichstanzler Fürst Bülow führte aus, daß in beiden Ländern das Bedürfnis nach Beilegung der Gegensätze hervorgetreten sei und sagte: „Sollten wir wirklich darauf ausgehen, in einem Lande, wo wir keine politischen Interessen haben und politische Interessen niemals beansprucht haben, Frankreich, das dort sehr natürliche und begreifliche Interessen besitzt, dauernd Schwierigkeiten zu bereiten?“ (Hört! hört!) Dem Vertrag hat der Reichstag seine Zustimmung gegeben, die Redner aller Parteien haben ihn begrüßt. Der Führer der Nationalliberalen, der Abgeordnete Wasseremann, führte dabei unter anderem aus, gewiß würde man in Frankreich große Befriedigung über das Abkommen empfinden, der Vertrag werde aber auch segensreich für das deutsche und französische Kapital sein und dazu beitragen, beide Nationen einander näher zu bringen. Ich lege Gewicht auf diese Aeußerungen Wasseremanns aus dem Jahre 1909, weil er nachher im Jahre 1911 eine davon fast abweichende Meinung vertreten hat. (Hört! hört!)

Nun, dieser Vertrag hat die Wirren in Marokko und die Unzufriedenheit der Großindustriellen nicht zur Ruhe gebracht. Insbesondere waren es die Gebrüder Mannesmann, die behaupteten, es werden ihnen auf Schritt und Tritt durch die französische Regierung Schwierigkeiten bereitet. Andererseits ist nicht zu bestreiten, daß dieser Vertrag Frankreich eine sehr günstige Position in Marokko einräumte. Frankreich habe politische Interessen in Marokko. Was heißt das? Das zu definieren, steht der Macht zu, welche diese politischen Interessen besitzen soll. In der Auslegung ihrer politischen Interessen kann sie bis zur Schutzherrschaft über Marokko gehen, wie in Tunis (Sehr richtig!), und es ist leicht möglich, daß die französische Regierung so weit gehen wollte. Aber dazu mußten Vorwände geschaffen werden. Die Ursachen hörten nicht auf, sie wurden sogar stärker und stärker, und wenn man den französischen Schilderungen glauben soll, war der Nachfolger von Abdul Afis, der Sultan Muley Hafid, ebenfalls in Gefahr, vom Throne gestürzt zu werden. Frankreich sei daran interessiert, daß dieses nicht geschehe. Was war also natürlicher, als daß die Franzosen den Marsch nach Fes antraten, angeblich, um den Sultan vor einem Teil seiner Untertanen zu schützen. (Geiterkeit.) Der Gedanke war wohl, sind wir erst dort, dann werden wir weiter sehen, und dann werden wir auch sehen, ob wir überhaupt wieder aus Fes herausgehen. (Geiterkeit.)

Dieses Vorgehen rief in Europa und speziell in Deutschland natürlich großes Aufsehen hervor. Man fürchtete, daß die Sache so gehen werde, daß Frankreich wie in Tunis die Macht in die Hände bekommen und dann von dieser Macht, wie in Tunis, auch rücksichtslos Gebrauch machen werde, indem es die Vertreter fremder Interessen benachteilige. Es wurde also deutscher- und spanischerseits gegen dieses Vorgehen protestiert. Die Spanier entbeden, daß sie ebenfalls sehr lebhaft in Marokko interessiert seien, und wenn jemand ein Recht darauf zu haben glaube, an der Ausbeutung und Beherrschung Marokkos mitzuwirken, so sind es die Spanier, denen es ja noch mehr als Frankreich vor der Nase liegt. Spanien hat allerdings nicht die Macht, Frankreich entgegenzutreten. Spanien trat aber in einer so entschiedenen Weise auf, im starken Mißverhältnis zu seiner Macht, daß man in Frankreich behauptete, dahinter stehe Deutschland. Im Juni 1911 erklärte Minister Cruppi in der französischen Kammer, die Franzosen seien nach Fes gegangen,

weil der Sultan sie gerufen habe (Heiterkeit), die Lage sei kritisch gewesen, der englische und deutsche Konsul hätten die Franzosen zu ihrem Vorgehen beglückwünscht, sie seien bestrebt, entsprechend der Algeriasaite nur die Handelsfreiheit aller zu schützen. Er stelle also die Vorgänge als unbedenklich dar. Anders unsere Alldeutschen. Diese begannen jetzt zu behaupten, die Rolle, die Deutschland in Marokko zugemutet werde, sei seiner unwürdig, das dürfe man sich nicht gefallen lassen. Wozu habe man die ungeheure Armee und die große Flotte, wenn man sie nicht gebrauchen wolle, die Ehre der Nation stehe in Frage und dergleichen mehr. (Hört! hört!)

Diese Anschauungen wurden in gewissem Sinne offiziell unterstützt, als am 1. Juli unversehens der „Panther“ vor Agadir erschien und sich dort festlegte. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß man im auswärtigen Amt zu Berlin sich vollständig bewußt war, was dieser Akt zu bedeuten hatte. Es war klar, daß weder Frankreich noch England dazu schweigen und sich dies gefallen lassen konnten.

Nun wird man sagen, was haben denn Frankreich und England für ein Recht, Deutschland das zu wehren. Gewiß, sie haben ebenjowenig ein Recht, Marokko nach Gutdünken zu beherrschen, wie Deutschland das Recht hat, nach Agadir zu gehen. Aber bei solchen Fragen kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf die Macht. Und nun sehen Sie sich einmal die Karte an. Agadir liegt im Südwesten Marokkos. Wenn von Deutschland ein Schiff dorthin will, muß es durch die Nordsee und den Kanal. Jedes deutsche Schiff auf dem Wege nach Agadir muß also zwischen den Küsten von Frankreich und England fahren und beide Staaten haben die Macht, jedes Vorgehen dorthin, wenn es zur Gewalt kommt, zu verhindern und zu unterdrücken. Ob Deutschlands Macht dazu ausreicht, das durchzusetzen, ist mir mehr als fraglich.

Daß aber, und das ist entscheidend, das Objekt, das in Frage steht, die ungeheuren Opfer an Blut und Gut, die seine Sicherung erfordert, nicht im entferntesten diese wert ist, das steht für uns alle unüberdrißbar fest. (Lebhafte Beifall.) Das ist das Entscheidende. Wir können uns ganz unmöglich auf eine so gewagte, unheilvolle, geradezu verrückte Politik einlassen (lebhafteste Zustimmung), wie sie hier von den Alldeutschen und Kolonialphantasten verlangt wird. Diese Politik muß notwendigerweise zu einem Weltkrieg führen, wenn die Dinge auf die Spitze getrieben werden. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Als ich von der Landung des „Panther“ in Agadir las, fragte ich mich: wie kommt man dazu? Was soll das bedeuten? Darauf wurde am 3. Juli offiziell eine Note veröffentlicht, in der es hieß, daß deutsche Firmen in Südmarokko in der Umgegend von Agadir von einer gewissen Unruhe über die Gärung unter der dortigen Bevölkerung erfährt seien, daß sie deshalb bei der Regierung um Schutz gebeten hätten, den man ihnen nicht verjagen könne. Deshalb habe man den „Panther“ nach Agadir geschickt; sobald Ruhe und Ordnung in Marokko wieder hergestellt seien, solle das Schiff wieder den Hafen verlassen.

Wie war nun das Echo im Lager der Alldeutschen und Nationalliberalen? Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schrieb: „Hurra! eine Lat. Endlich, nach mehr als 20 Jahren kommt Deutschland dazu, zu zeigen, daß es auch noch auf der Welt ist.“ (Hört! hört!) Weiter hieß es, daß, wenn man sich mit den Franzosen über die Aufteilung Marokkos (Hört! hört!) nicht verständigen könne, dann müsse der „Panther“ in Agadir dieselbe Wirkung haben wie einst die Emscher Depesche für den deutsch-französischen Krieg von 1870. (Hört! hört!) Ganz dieselbe böse Tonart haben eine ganze Reihe von bürgerlichen Blättern angeschlagen. Nun war mir das Folgende besonders auffällig: Anfang Juli meldete die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, daß eine Umfrage

unter den führenden Großindustriellen, nationalen Politikern, Männern der Wissenschaft und älteren Offizieren über die Marokkofrage veranstaltet worden sei. Diese hätten sich, und besonders die führenden Großindustriellen, in der Hauptsache für ein aktives Einschreiten in Marokko ausgesprochen, für einen Ausgleich, für eine Machtverschiebung zugunsten Deutschlands. (Hört! hört!) Hier haben wir also die Kriegsheher. Das sind vornehmlich die Kreise, die die ganze Kriegshehe in Szene gesetzt haben, die eine ungeheure materielle Macht hinter sich haben, die eine ganze Reihe von Zeitungen und das Ohr der Reichsregierung haben. Und nun kam Ende Juli Herr Wassermann und redete auf einem Fest in Westfalen im Kreise Solingen-Lennep-Weitmann. Ich gebe offen zu, daß mich sehr überraschte, was er ausführte, nämlich, daß wir fernerhin nicht mehr in Marokko zurückstehen dürfen, daß wir verlangen müßten, daß uns eine Einflußsphäre gesichert werde, die unseren Ansprüchen und unseren Bedürfnissen entspräche. Er äußerte sich dann sehr schmeichehaft über Kiderlen-Waechter und meinte, sehr wenigen Männern werde ein so großes Vertrauen entgegengebracht wie diesem. Bekanntlich gilt Herr von Kiderlen-Waechter in den Augen unserer Prozentpatrioten als ein zweiter Bismarck. Ich glaube, er glaubt das auch selbst von sich (Heiterkeit), obgleich Bismarck einen so dummen Streich, wie die Entsendung des „Panther“ nach Agadir nie und nimmer gemacht hätte. (Hört! hört!) Weber den Standpunkt Bismarcks in dieser Frage haben wir authentische Auskünfte. Als 1881 die Marokkofrage im Vordergrund stand, äußerte sich Bismarck dem Fürsten Hohenlohe gegenüber: „Lassen Sie die französische Regierung wissen, daß wir ihrem Vorgehen in Marokko kein Hindernis in den Weg legen.“ Und dem Fürsten Hohenlohe gegenüber erklärte er weiter: „Wir haben ein großes Interesse daran, daß Frankreich vom Rhein abgezogen wird, daß wir dort Ruhe und Frieden haben. Wenn Frankreich in Marokko engagiert ist, und es dort beschäftigt ist, muß es sehr viel Soldaten und Geld aufwenden, um Marokko unter die Fuchtel zu bringen; das kann uns nur nützlich sein.“ (Hört! hört!) Zur gleichen Zeit erklärte er dem französischen Gesandten in Berlin gegenüber, Frankreich solle nur in Tunis zugreifen, trotz Italien, Deutschland werde kein Hindernis bereiten. Als der französische Militärbefehlsmächtige von Petersburg nach Paris reiste und dabei in Berlin einen Aufenthalt nahm, berichtete er in Paris von der außerordentlichen Freundschaft, mit der er vom alten Kaiser und von Bismarck empfangen worden sei. Bismarck habe ihm gesagt: „Wenn Sie in Tonking vorgehen wollen, wir haben nichts dagegen; ob Sie den Krieg zu Wasser und zu Lande führen, ist uns gleich. Machen Sie es, wie Sie es wollen; wir wünschen Ihnen viel Glück und sind ganz damit einverstanden.“ (Hört! hört!) So hat damals nach drei Seiten der schlaue Bismarck die französische Kolonial- und Weltpolitik zu engagieren versucht. Er hatte nicht unrecht. Was haben Tonking und Tunis Frankreich schon gekostet? Was wird Marokko erst kosten? Auf Jahrzehnte hinaus wäre Frankreich gar nicht in der Lage, irgendein entscheidendes Wort in Europa mitzusprechen, gegenüber Deutschland erst recht nicht, wenn es erst in Marokko festgelegt wäre. (Sehr richtig!) Ganz im Gegensatz zu seiner Anschauung vom Jahre 1905 und zu seiner Anschauung vom Jahre 1909 erklärt jetzt Herr Wassermann unter großem Beifall, es könne kein Gedanke daran sein, daß wir uns mit Kompensationen von Kolonien am Kongo oder in Kamerun oder wie sie heißen begnügen können für die wirtschaftlichen Interessen, die in Marokko auf dem Spiele stünden. Das war klar und deutlich. Das heißt, wir müssen in Marokko Kompensationen bekommen, wir müssen einen Teil in unsere Hände bekommen. Als ich das las, war ich einen Augenblick verdußt; ich sagte mir, Herr Wassermann ist doch ein ver-

nünftiger Mensch (Heiterkeit — Jurauf: Nationalliberal!); aber das schließt doch nicht aus, daß man geschickt ist. (Große Heiterkeit.) Ich sagte mir, wie kommt Herr Wasserhagen jetzt zu einer solchen Sprache, auf welche Anregungen hin spricht er so? Er muß doch wissen, was für eine furchtbare Situation es für Deutschland und die Welt wird, wenn in der Weise vorgegangen wird, wie er verlangt. Er muß doch wissen, daß mit dem Versuch einer Festsetzung in Agadir notwendigerweise der Krieg zwischen England und Frankreich auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite unausbleiblich heraufbeschworen wird: Und was der Krieg bedeutet, werde ich noch weiter klarlegen. Rasch genug wurde mir Aufklärung zuteil: Anfang August veröffentlichte die „Braunschweigische Landeszeitung“ einen Artikel, worin sie in der schärfsten Weise gegen von Siderlen-Waechter losging, worin sie behauptet, daß Herr von Siderlen-Waechter in den nationalen Kreisen große Hoffnungen erweckt, daß man sehr auf ihn gebaut habe, er werde im Sinne der Wünsche der Alldeutschen handeln. (Hört! hört!) Aber plötzlich sei er wieder, nachdem der Kaiser von der Nordlandreise zurückkehrte, zurückgepöpst. Die „Braunschweigische Landeszeitung“ führt aus: Von der Zeit an, wo der „Panther“ nach Agadir gegangen, ließ Siderlen-Waechter nach seiner Seite hin zweifeln, daß er ungefähr auf dem Boden der alldeutschen Forderungen steht (Hört! hört!), daß er, obwohl der Kaiser — der beinahe längere Zeit an der Küste Norwegens war — ihm nur aufgetragen habe, nach einer ehrenvollen Lösung zu suchen, er unter allen Umständen auf den Erwerb von Südwestmarokko bestehen würde. (Hört! hört!) Nach dieser Richtung hin habe Siderlen-Waechter zu jedem gesprochen, auf diesen Vorgang hin seien circa ein halbes Hundert Redakteure, Politiker — wahrscheinlich also auch Herr Wasserhagen — in Berlin zusammengetreten (Hört! hört!) und hätten erklärt, daß sie ihrerseits bereit wären, diese Pläne von Siderlen-Waechter zu unterstützen, auf die Gefahr eines Krieges hin. (Lebhafte Bewegung.) Nun, wir werden im Reichstage Herrn von Siderlen-Waechter darüber zur Verantwortung ziehen. (Bravo!)

Daß England das Vorgehen Deutschland im höchsten Grade mißfiel, ist klar. Daher erklärte der englische Ministerpräsident, Herr Asquith, in einer sehr prononzierten Rede, mit der Entsendung des „Panther“ nach Agadir sei eine durchaus neue Lage geschaffen; die marokkanische Frage sei an einem Punkt angelangt, wo sie in wachsendem Maße Schwierigkeiten und Unruhe hervorgerufen werde. Er fügte hinzu, daß er zwar nicht an einen direkten Eingriff denke, er wolle aber konstatieren, wie England die Sache ansehe und gegebenenfalls handeln werde. Das war auch die Auffassung der englischen Presse, z. B. der „Daily News“. Was würde aber für uns aus einer Besetzung Südwestmarokkos entstehen? Ungeheure Kosten, die beständige Gefahr von Aufständen im Hinterlande, wozu Frankreich sicher alles un würde, und ständige Kriegsgefahr in Europa. Man muß sich fragen, wie können vernünftige Leute zu solchen Schritten kommen? Mag der Wunsch da sein, mag er lausendmal berechtigt sein, sich in Marokko festzusetzen, aber man muß sich auch im gewöhnlichen Leben oft liebe Wünsche verlagen, weil sie nicht durchführbar sind. So geht es auch den Nationen. Will ich mir einen Wunsch erfüllen, so habe ich mich zu fragen: was kostet er, kannst Du die Kosten tragen? Und so frage ich auch, ob wir wegen eines Stückes Marokko die ungeheuren Kosten und all die Verantwortung, die damit verbunden ist, tragen können. (Sehr gut!) Ich bin überzeugt, daß der Umschlag, den die deutsche Regierung bald nach der Rückkehr des Kaisers von seiner Nordlandreise machte, bei Wasserhagen sehr eigenartige Gefühle auslöste, daß sein Gesicht sich erheblich verlängerte. (Heiterkeit.) Er ist gründlich blamiert

worden. Er hat vergessen, daß in Deutschland nicht allein die Hand voll Großkapitalisten zu reben haben, sondern daß auch hinter der nationalliberalen Partei circa 1½ Millionen Wähler stehen, die in ihrer großen Mehrheit kleine Gewerbetreibende, Bauern und selbst Arbeiter sind, und man muß doch auch mal fragen, was denn die dazu sagen würden. Freilich, diese große Masse ist stumm, sie redet nicht, aber sie bekommt nachher um so mehr die Dummheiten der Führer zu kosten. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Mit jener Erklärung der „Braunschweigischen Landeszeitung“ war mir auf einmal klar, wie die Dinge standen. Dazu kam, daß, während damals ein großer Teil der maßgebenden Presse nach der Landung des „Panther“ schwieg — sie war zweifelhaft, offenbar wollte sie sich nicht engagieren; sie fürchtete, daß da etwas Böses herauskommen könne —, die Alldeutschen um so toller vorgingen und in der schlimmsten Weise zum Kriege hetzten. Offenbar hat dann nachher der Kaiser seinem Minister des Auswärtigen einen gehörigen Dämpfer aufgesetzt. (Sehr gut!) Wir werden im Reichstage vor allem festzustellen suchen, was denn Herr von Bethmann Hollweg bei der „Panther“-Angelegenheit für eine Rolle spielte. (Sehr richtig!) Der „Panther“ konnte doch nicht allein auf Befehl von Siderlen-Waechter nach Agadir geschickt sein, auch Herr von Tirpitz konnte ihn nicht schicken, das konnte nur Herr von Bethmann Hollweg. Und nun wollen wir mal hören, was der vorrichtige Kanzler, der Philosoph, dazu sagte. (Heiterkeit und Sehr gut!)

In England erregte bekanntlich der Vorgang mit dem „Panther“ ungeheures Aufsehen. Die „Deutsche Tageszeitung“, die ganzen alldeutschen Blätter waren voll Zorn und Mut und ergingen sich in Artikeln, die förmliche Majestätsbeleidigungen enthielten. Genau so wie 1893 angesichts des russischen Handelsvertrages, wo aus den Kreisen der Männer vom Reich und Bildung und den Stützen der Nation Hunderte ja Tausende von Beleidigungen gegen Garibaldi und den Kaiser geschleudert wurden. Jetzt ging es in derselben Weise los. Man braucht nur den Artikel von Harden in der „Zukunft“ zu lesen, der direkt dem Kaiser droht, wenn er nicht den Mut zu einem Kriege habe, dann werde die Nation zugreifen und ihre Politik durchsetzen. Das heißt, Märgchen Harden droht mit der Revolution (Heiterkeit), wobei er, wie ich hoffe, den Führer abgeben wird. (Große Heiterkeit.) Wenn es zum Kriege kommen sollte, so würde ich vorschlagen, daß aus diesen Kriegshetzerern eine Brigade gebildet wird mit dem Titel „Brigade zur Rettung der Ehre des Vaterlandes“ (Heiterkeit), und an der Stirn der Kopfbedeckung müßten die Worte stehen: „Retter des Vaterlandes“. (Erneute Heiterkeit.) Diese müßten zunächst in die Schlacht: die hetzenden Redakteure und Abgeordneten, die hetzenden Großindustriellen, kurz, alle jene, die an der Kriegshetze beteiligt sind. Diese müßten in der Schlacht vorausgeschickt werden, um mit ihren doch meist ziemlich korpulenten Leibern (große Heiterkeit) zur Ehre des Vaterlandes das Feld zu decken. (Erneute große Heiterkeit.) Das würde uns imponieren. Aber ich bin überzeugt, daß diese Leute nicht nur nicht in den Krieg gehen, sondern es sich sogar sehr überlegen werden, ob sie im Kriegesfall die nötigen Millionen aus ihrer Tasche geben. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Nun hat die englische Regierung in recht fataler Weise den Alldeutschen Oberwasser gegeben. Ich habe schon bemerkt, wie England in dieser Frage vom englischen Standpunkt aus steht, aber sie durfte nicht so weit gehen und einen Beschluß fassen, der eine Parteinahme für Frankreich befundete und einem Ultimatum an Deutschland verzweifelt ähnlich sah. (Sehr richtig!) Vor allen Dingen durfte nicht Herr Lloyd George, der bisher so eifrig die Friedenspojanne gelassen, seine bekannte Rede halten, auf die ich hier nicht weiter eingehen will. Sie wissen, welche Wirkung diese Rede gehabt hat, haben

mußte. Freilich hat einige Tage danach Herr Asquith sich veranlaßt gesehen, zu dämpfen. Er hielt zwar nach wie vor seinen alten Standpunkt aufrecht, daß man alles aufbieten werde, um die Interessen Englands zu wahren, aber er erklärte zugleich, wenn außerhalb Marokkos Kompensationen zwischen Frankreich und Deutschland gefunden werden sollten, hätte England keinerlei Ursache, das zu verhindern oder sich in diese Dinge zu mischen, das sei allein Sache der beiden betreffenden Mächte.

Nun sind ja Verhandlungen eingeleitet worden. Daß sie in ihrer ganzen Breite nicht veröffentlicht werden, begreife ich. Wenn z. B. eine große Gewerkschaft einen Kampf auf Leben und Tod mit der Kapitalistenklasse zu führen hat, und es kommt, bevor man loschlägt, oder auch nachdem man losgeschlagen hat, zu Verhandlungen, so werden die Unterhändler hüben und drüben die Verhandlungen nicht vor der breiten Öffentlichkeit erörtern, weil sie sich sagen, das könnte zu Erörterungen und Forderungen führen, die unsere ganze Stellung konterkarieren, sie könnten die Verhandlungen stören. (Sehr richtig!) Aber die Schweigepolitik, die man jetzt seit Wochen in der Marokkofrage von deutscher und französischer Seite beobachtet, müssen wir auf das Entschiedenste verurteilen. Dieses Schweigen können sich die Nationen nicht länger gefallen lassen. (Erneute Zustimmung.) Wir müssen wissen, was eigentlich in Frage steht. Die Grundzüge einer solchen Verhandlung hat ein Volk alles Recht, kennen zu lernen, denn es handelt sich schließlich doch um des Volkes Kopf und um des Volkesbeutel. (Lebhafte Sehr richtig!) Es muß schon beizeiten hineintreten können, ob nicht zu weitgehende, nicht unvernünftige Forderungen gestellt werden, ob nicht etwas geschieht, was die Lage nicht verbessert, sondern verschlimmert. (Sehr richtig!) Dieses Verlangen ist dieses Mal schließlich von allen Parteien gestellt worden. Alle Parteien verlangen nach dem Reichstage; sie verlangen, daß Aufklärung gegeben wird, auch schon, bevor der Reichstag zusammentritt, durch die öffentliche Presse. Bis heute hat man hartnäckig geschwiegen. So entstanden notwendig falsche Gerüchte. Die Beunruhigung hat immer weitere Kreise ergriffen, weil das lange Zurückhalten verdächtig ist und weil man sich sagt, wäre man einig, so ginge man an die Öffentlichkeit; wer weiß, was da herauskommt. Wir haben gelesen, daß ein Kun auf eine Reihe von Sparklassen stattfand; wir haben weiter gelesen, daß einer der Direktoren der Deutschen Bank sich veranlaßt sah, den Staatssekretär Herr von Siderlen-Waechter aufzusuchen und ihm mitzuteilen: die Sache werde bedenklich; wenn die Entscheidung noch länger dauert, können wir für nichts garantieren. Der Direktor der Deutschen Bank wird freilich noch mehr gesagt haben. Er wird ihm gesagt haben: Herr Staatssekretär, wenn Sie es noch nicht wissen, will ich es Ihnen sagen: wenn das Publikum seine haren Depositen aus den Banken zieht, können wir das Geld schließlich nicht mehr zahlen, und wenn Sie meinen, daß wir nur mit deutschem Kapital arbeiten, dann täuschen Sie sich auch. Es stecken zwar 20 000 Millionen Mark deutschen Kapitals im Auslande in Unternehmungen aller Art, aber mehrere tausend Millionen Mark französischen Kapitals stehen auch in Deutschland. (Hört! hört!) Unsere Banken arbeiten in einem sehr bedeutenden Maße mit französischem Kapital. Ich habe in diesen Tagen von einem Manne, der den Dingen nahesteht, der lange Jahre in Bankgeschäften tätig war, der die Situation zu beurteilen vermag, einen Brief erhalten, worin es heißt: „Es scheint richtig zu sein, daß Siderlen-Waechter am Samstagnachmittag einem Direktor der Deutschen Bank beruhigende Mitteilungen gemacht hat. Das war höchste Zeit, denn die deutschen Börsen sind in äußerst schlechter Verfassung im Gegensatz zu den französischen. Es zeigt sich jetzt sehr deutlich die Uebermacht der Franzosen auf diesem Gebiet; sie können die Ungewißheit

noch lange aushalten, wir nicht; die haben Geld wie Heu, wir aber haben wenig überflüssiges Geld und viele Schulden.“ (Hört! hört!) Das Wesentliche ist, daß der deutsche Handel und die deutsche Industrie vielfach mit fremdem Kapital arbeitet. Das ist sehr erklärlich. Obwohl wir in den letzten 20 Jahren um 30 000 Millionen Mark reicher geworden sind, sind doch kolossale Kapitalien investiert. Die deutsche Industrie und der deutsche Handel haben eine ungeheure Ausdehnung erlangt. Große französische, englische und amerikanische Kapitalien sind in Deutschland angelegt, aber andererseits gehen deutsche Kapitalien ins Ausland, um dort angelegt zu werden. Ich spreche offen aus: vielleicht liegt die größte Gewähr für den Weltfrieden in dieser internationalen Verschickung des Kapitals. (Sehr richtig!) Diese Verschickung macht einen Krieg zu einer sehr gefährlichen Sache, hüben wie drüben, und es wäre heller Wahnsinn, wollte eine Regierung wegen Marokko die Dinge auf die Spitze treiben. (Sehr richtig!)

Unsere Haltung den marokkanischen Vorgängen gegenüber hat, wie vorzuziehen war, in gegnerischen Kreisen wieder das Geschrei von der sogenannten Vaterlandslösigkeit der Sozialdemokratie ausgelöst. Man hat auf unsere Haltung im Jahre 1870 hingewiesen; man behauptet ferner, die Sozialdemokratie gehe sogar damit um, im Falle eines Krieges einen Massenstreik zu inszenieren. Es fällt mir gar nicht ein, auch nur mit einem Wort auf diese Anklagen einzugehen. Ich habe dazu gar keinen Anlaß. (Sehr richtig!) Die Stellung der Partei im Falle eines Krieges ist von der Partei längst festgelegt worden, nicht erst heute und gestern. Diese Frage hat bisher fast auf allen internationalen Kongressen eine Rolle gespielt. In Zürich war es Ribbentrop, der neben einem Massenstreik einen Militärstreik befürwortete, aber er ist mit ungeheurer Majorität, von der deutschen Partei einstimmig, niedergestimmt worden. Wir haben dieselbe Frage später auf den internationalen Kongressen in Paris und Amsterdam erörtert. Zuletzt noch auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart. Auf allen diesen Kongressen ist klar und deutlich seitens der deutschen Partei gesagt worden: wir bedanken uns, uns auf irgend etwas festzulegen. (Sehr richtig!) Auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart insbesondere waren es die Franzosen von Herbé von der äußersten Linken bis Laurès auf der Rechten, die verlangten, die Internationale müsse beschließen, sobald ein Krieg ausbrechen drohe, einen allgemeinen Massenstreik zu inszenieren. Ich hatte damals die Ehre, mit Gaase und Vollmar in der sogenannten Militärkommission zu sein, die über diese Frage zu beraten hatte, und ich habe dort in der kategorischsten Weise erklärt, daß eine Resolution mit einem solchen Inhalt für uns Deutsche einfach unannehmbar sei (Sehr richtig!), daß es Verrücktheit von unserer Seite wäre, einer solchen Resolution zuzustimmen. (Lebhafte Sehr richtig!) Wir konnten uns nicht verständigen. Die Sache wurde einer Subkommission überwiesen, der wir drei angehörten; wir gerieten dort abermals mit den Engländern und Franzosen in Konflikt.

Wir haben ausführlich nachgewiesen, warum es unmöglich sei, einer derartigen Resolution unsere Zustimmung zu geben. Und als man schließlich um jeden Preis einen solchen Beschluß durchsetzen wollte, habe ich namens unserer Delegation erklärt: Gut, es ist Eure Sache zu beschließen, beschließt, was Euch gut dünkt, aber wir Deutschen machen nicht mit! (Bravo!) Derauf hieß es: Ja, wenn ihr Deutschen in dieser Weise auftrittet, dann geht es eben nicht, denn mit euch müssen wir uns schließlich doch verständigen. Und so wurden wir drei beauftragt, eine Resolution auszuarbeiten, und der Kommission vorzulegen. Die entscheidenden Sätze dieser Resolution finden Sie im Kongreßprotokoll über den Stuttgarter Internationalen Kongreß (Seite

85 und 86). Dort heißt es unter anderem: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die umfassende Tätigkeit des Internationalen sozialistischen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.“

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten, und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrihtelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen!“

Der Inhalt dieser Resolution besagt also nicht, daß wir in allen Ländern in gleicher Weise vorgehen sollen, sondern er besagt, — und das ist der Unterschied zwischen uns und der Forderung der Franzosen und Engländer — daß es jeder Nation überlassen bleibt, in der Weise zu handeln, wie sie es für gut hält oder wie es möglich ist. Das ist die einzig richtige Formel. (Zustimmung.)

Von dem Gang der Dinge in einem großen Kriege macht man sich kaum eine rechte Vorstellung. Wie werden denn im Falle eines Krieges ungefähr die Dinge sich gestalten? Das ist sehr wichtig für die Beurteilung der wahren Situation. Im Jahre 1803, als die große Militärvorklage auf der Tagesordnung des Reichstages stand, und wir Opposition machten, und namentlich auf die furchtbaren Wirkungen eines großen Krieges hinwiesen, nahm der damalige Reichskanzler Caprioli das Wort. Caprioli war damals einer der ersten deutschen Generale. Er erklärte: Sobald Krieg wird, treten Geere in die Erscheinung, wie sie die Welt noch nicht gesehen, wie sie noch kein General kommandiert hat; wie der Ausgang ist, weiß kein Mensch; was Deutschland betrifft, so wird es am ersten Tage der Mobilmachung die gesamte kriegsfähige Mannschaft bis auf den letzten Mann einberufen. (Hört, hört!)

Das waren damals schon 4 Millionen Männer, heute würden es $4\frac{1}{2}$ bis 5 Millionen sein, und wenn man den Landsturm zweiten Aufgebots mit einberuft — und das wird geschehen — dann sind es $5\frac{1}{2}$ bis 6 $\frac{1}{2}$ Millionen Männer. (Hört, hört!) Das ist ein ganz kolossales Aufgebot. Dieses Aufgebot ruft eine förmliche Revolution in unseren gesamten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen hervor. Millionen von Arbeitern werden weggerufen von ihren Familien, die nichts mehr zu beißen und zu leben haben. (Lebhafte Zustimmung.) Hunderttausende von kleinen Gewerbetreibenden können ihren Bankrott anfragen, weil ihnen alle Mittel zur Fortführung ihrer Geschäfte fehlen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Kurse aller Wertpapiere erleiden einen Sturz, von dem wir jetzt nur eine ganz kleine Probe gehabt haben und durch den Zehntausende von wohlhabenden Familien zu Bettelpleuten gemacht werden. (Sehr richtig!) Der Ausfuhrhandel stödt, unser gewaltige Welthandel wird unterbrochen. Zahllose Fabriken und gewerbliche Unternehmungen, soweit sie nicht für Kriegsbedarf arbeiten, kommen zum Stillstand. Arbeitslosigkeit und Verdienstlosigkeit an allen Ecken! Die Zufuhr der Lebensmittel hört ganz oder zum großen Teil auf. Die Preise der Lebensmittel erreichen eine unerhörte Höhe, obwohl sie heute schon kaum erschwinglich sind. (Hört, hört!) Das wird tatsächlich die allgemeine Hungersnot bedeuten. Was glaubt man denn, was aus einer derartigen Situation entsteht? Da schreien die Massen nicht nach Massenstreik (lebhafter Beifall), da schreien sie nach Arbeit

und Brot (stürmische Zustimmung) — so liegen alsdann die Dinge. (Sehr wahr! Sehr richtig!)

Sie verlangen Arbeit und Brot, die mit Ausnahme der Industrien und Gewerbe, die direkt am Kriege interessiert sind, niemand ihnen bieten kann. Wer wird die Familien der Arbeitslosen unterstützen? Dazu ist kein Geld da. Die Kassen der Gewerkschaften stehen vor dem Bankrott (Sehr richtig!), sie können die verlangten Unterstützungen nicht leisten, auch die Gemeinden, auch der Staat und das Reich nicht, der Staat und das Reich, dem seine Armee und Flotte jeden Tag der Mobilmachung 45 Millionen Mark kostet (Bewegung. Hört, hört!), 1350 Millionen Mark in einem Monat. (Hört, hört!) Und nun stellen Sie sich den Krieg selbst vor, mit der ungeheuren technischen Entwicklung seit 1870, den Millionenheeren haben und drüben, den Repetiergewehren, den Schnellfeuergeschützen, den Maschinengewehren, mit den modernen Sprengstoffen usw. (Sehr richtig! Zuruf: Luftschiffe!) Als vor einigen Jahren in Elsaß-Lothringen ein größeres Kaisermanöver unter dem Feldmarschall Grafen Paseler stattfand, erklärte er am Ende: „Das Manöver war sehr schön, aber gefragt habe ich mich doch, wann es ernst wird, wo bringen wir die Leichen unter, und vor allem, wo bringen wir die Verwundeten unter?“ (Lebhaftes Hört, hört!) Parteigenossen: Alle diese Vorgänge werden eine Stimmung erzeugen, von der wir uns gar keinen Begriff machen können. Schon 1904 habe ich dem Reichskanzler Fürst Bülow gesagt, wenn ein großer Krieg kommt, steht die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Spiele. (Stürmische Zustimmung.) Und nicht wir sind es, die das herbeigeführt haben, sondern die Vertreter dieser bürgerlichen Gesellschaft (lebhaftes Sehr richtig!), die glauben, die bürgerliche Gesellschaft klagen zu müssen, sie allein tragen die Verantwortung für all das ungeheure Elend und die schrecklichen Folgen eines solchen Krieges. (Stürmische Zustimmung.)

Auch über die Aufbringung der Mittel habe ich mit Fachleuten gesprochen. Als 1870 der deutsch-französische Krieg ausbrach, forderte Bismarck vom Reichstage 120 Millionen Taler. Ich hatte damals mit Liebknecht die Ehre, im Reichstage zu sein. Wir enthielten uns der Zustimmung, warum ist bekannt. Diese 120 Millionen Taler wurden ausbezahlt zu einem Kurse von 88 für das Hundert, so daß also, wer 100 Taler zeichnete, nur 88 zu zahlen hatte, und zugleich wurden 5 Prozent zugesichert. Und das Resultat? Statt der 120 Millionen Taler wurden nur 86 Millionen Taler gezeichnet. (Hört, hört!) Nun bin ich weit entfernt, die Zustände von damals mit den heutigen auf gleiche Stufe stellen zu wollen. Aber wie in Frankreich schon damals die Geldverhältnisse lagen, beweist, daß, als am 17. Juni von der französischen Kammer 700 Millionen Franken für den gleichen Zweck gefordert wurden, diese Summe von der französischen Börse und dem französischen Volk bis auf den letzten Heller aufgebracht wurde. (Hört, hört!) Jetzt würde es sich fürs erste um einen Betrag von mindestens 1500 Millionen Mark handeln. Nun haben wir ja das Goldhäuflein im Juliusturm (Heiterkeit), 120 Millionen Mark. Das würde gerade für drei Tage reichen. Nun kann man die Notenpresse in Bewegung setzen, und das wird auch geschehen. Man gewöhnt sich ja schon jetzt an das Papiergeld. (Heiterkeit.) Aber die Deutschen sind in bezug auf Papiergeld etwas eigentümliche Leute (Heiterkeit), sie nehmen das Papiergeld nur, weil sie wissen, wenn sie es zur Kasse tragen, bekommen sie Gold dafür. Wenn aber im Kriegsfall die Papiermühle und die Notenpresse in Bewegung gesetzt werden, dann geht das Auswechseln in Gold nicht mehr. Es tritt der Zwangskurs ein, weil die Diskrepanz zwischen Papier und Gold zutage tritt. Ich habe das 1859 in Oesterreich erlebt. Als ich damals in meinem Patriotismus gegen Napoleon an den Rhein marschieren wollte (große

Heiterkeit) und kein Geld hatte, um von Salzburg bis zum Rhein zu kommen, und mein Vormund mir zur Reise sechs Taler schickte, inzwischen glücklicherweise der Friede gekommen war (Heiterkeit), habe ich mich in meiner Kurzsichtigkeit sehr gefreut, als ich für diese sechs Taler ungefähr zehn Taler in Papier erhalten konnte. (Große Heiterkeit.)

Wie es in Deutschland in einem ähnlichen Falle gehen wird, weiß man nicht. Ich habe es aber mit Genehmigung begrüßt — ich gestehe das —, als ich die Angst sah, die auf die Kriegsgerüchte hin entstand, und wie die Leute nach den Sparkassen fürmten. Da sagte ich mir, das ist auch da oben recht gesund (Heiterkeit), ihr habt dergleichen noch nicht durchgemacht. Wie viele von den heute Lebenden haben denn den Krieg von 1870 als urteilsfähige Männer erlebt? Wie sehr hat Bismarck sich vor einem zweiten Zusammenstoß mit Frankreich gehütet. Manche sprechen so leicht hin von solchen Kriegen, mit Frankreich, sagen sie, werden wir sehr schnell fertig. Urteilsfähige Militärs aber sagen, so leicht wie 1870 würden wir auf keinen Fall mit Frankreich fertig werden. Und wie schwer war es doch. Ueber all das, was damals das Heer und das Volk ertragen mußten, wird in den Büchern nicht berichtet. (Sehr richtig.) Wer die Not, das Elend, die Arbeitslosigkeit jenes fürchterlichen Winters von 1870/71 durchgemacht hat, der verlangt niemals nach einer zweiten Auflage. (Lebhaftes Sehr richtig!) Und was kommt, wird unendlich schlimmer, gewaltiger sein und in keiner Richtung mit dem, was 1870 war, zu vergleichen sein. (Sehr wahr! Sehr richtig!)

Darum, Parteigenossen, fordere ich Sie auf, stimmen Sie einstimmig der Resolution zu, die ich Ihnen vorgelegt habe. Sache Ihrer Parteibetreuer im Reichstage ist es, ihre volle Schuldigkeit zu tun und denen da oben zu sagen, was das Volk über sie und ihre Politik denkt. (Lang anhaltender, stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Diek: Eingegangen ist zur Marokkoresolution das Amendement Luxemburg. (Nr. 82 der Anträge.)

Hofa Luxemburg begründet den Zusatzantrag. Wir haben uns von der Erwägung leiten lassen, daß wir die Einschaltungen nicht deshalb vorschlagen, weil sie sich irgendwie von dem allgemeinen Inhalt der Resolution oder dem Sinn der Rede des Referenten entfernen, sondern im Gegenteil, weil sie sich ja vollkommen im Geiste dieser Gedanken bewegen. Sie sind aber andererseits notwendig, weil die vorgelegte Resolution diese uns sehr wichtig und wesentlich dünkenden Punkte unerwähnt gelassen hat. Es ist ja bekannt, man kann in einer Resolution nicht alles sagen, was sich über einen Gegenstand überhaupt sagen läßt. (Na also.) Warten Sie ab. Bei Resolutionen, die sich auf innere parteitaktische Fragen beziehen, ist die Diskussion und die Rede zur Begründung der Resolution als Kommentar zu ihr unbedingt notwendig und sie kann nur als solcher in Betracht gezogen werden. Hier aber handelt es sich um eine Resolution, die uns ein Leitstern in der Massenagitation gegen die bürgerliche Gesellschaft sein soll. Wir müssen in Betracht ziehen, daß nicht nur bürgerliche Blätter, sondern auch die Gewerkschaftsblätter zum Teil nicht die Diskussion, wohl aber die Resolution abdrucken werden, deshalb muß die Resolution mindestens als Grundlage für die Agitation ausreichen und deshalb alle wesentlichen Standpunkte der Sozialdemokratie zur Frage ausdrücken. Es sollen auch hier die Hauptpunkte angegeben werden, die unseren Rednern und unserer Presse richtunggebend sein müssen, damit in der Agitation auch alles ausgesprochen wird, was für die Sozialdemokratie von Wichtigkeit ist. Deshalb halten wir es für notwendig, daß gleich beim ersten Absatz, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturvölkern protestiert wird, gleichzeitig erklärt und deutlich ausgedrückt

wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Nichtkulturvölker sind, was zwar für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausgedrückt werden soll und muß. (Heiterkeit.) Vergessen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns genau so wenden müssen, wie gegen einen Krieg unter Kulturvölkern. Ferner ist unerwähnt geblieben, wohl nur aus Versehen oder in der Absicht, sich möglichst kurz zu fassen, daß wir gegen die Machenschaften kapitalistischer Oligarchen in der Kolonialfrage nicht nur deshalb protestieren, weil sie so schädlich für die Interessen der Arbeiterklasse sind, sondern weil sie auch die vitalsten Interessen der Eingeborenen in den Kolonialländern beeinträchtigen. Ferner sind im Absatz 4 als einzige Ursache der Kriegsgefahr die Intrigen und die Spekulationslust einiger großkapitalistischer Oligarchen angeführt und es ist unerwähnt geblieben ein Standpunkt, der uns außerordentlich nützlich und wichtig ist in unserer allgemeinen Agitation gegen den Militarismus, daß nämlich die Rüstungen an sich eine gefährdende Erscheinung sind, daß gerade durch das Betrüben der Kriegsgefahr nicht beseitigt, sondern noch gesteigert wird. In der Resolution steht auch der Zusammenhang zwischen der Marokkoangelegenheit und der allgemeinen Frage des Militarismus, die voneinander nicht zu trennen sind. Insbesondere halten wir es für notwendig, die Spitze der Resolution nicht bloß gegen diese paar kapitalistischen Oligarchen zu richten, sondern gegen diejenigen politischen Parteien, auf denen die Verantwortung für die jetzige Kriegsgefahr und für die ganze Situation überhaupt lastet, gegen jene Parteien, die den Militarismus unterstützen, denn mit ihnen haben wir ja mehr und direkter zu tun, als mit jenen wenigen kapitalistischen Oligarchen, die hinter den Kulissen Drahtzieher sind.

Und endlich ist es außerordentlich wesentlich, daß sich die Resolution in ihrer jetzigen Fassung ausschließlich gegen eine Kriegsgefahr wendet. Die Kriegsgefahr kann etwas bloß Vorübergehendes sein, es können aber Erscheinungen eintreten, die, ohne daß ein Krieg ausbricht, für uns genau so schädlich und gefährdend im allgemeinen Sinne sind: Das ist vor allem eine Vergrößerung des deutschen Kolonialbesitzes in friedlicher Weise, durch einen gewöhnlichen Diplomatenhändler hinter dem Rücken der Nation und ihrer gesetzgebenden Vertreter. Deshalb glauben wir, daß die von uns vorgeschlagenen Einschaltungen so wesentlicher Natur sind und andererseits sich so organisch und harmonisch an die Resolution anschließen, daß ihre Annahme unbedingt notwendig ist und daß sie uns erleichtern werden die Ausnutzung der vorliegenden Resolution als Grundlage für eine umfassende, die Massen ergreifende Agitation sowohl gegen die spezielle Marokkoaffäre, wie gegen den Militarismus und die Kolonialpolitik im allgemeinen. (Lebhafter Beifall bei einem Teil des Parteitagés.)

Dr. David (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, nicht in eine Debatte über das Referat Bebel's einzutreten (Sehr gut!), sondern die von ihm vorgelegte Resolution ohne Debatte einstimmig anzunehmen. Sie hat uns einige Tage vorgelegen und ist nach allen Richtungen hin wohlüberlegt. Sie haben die Begründung durch Bebel gehört, und wenn jemals, so ist diesmal der gesamte Parteitag mit dieser Begründung vollkommen einverstanden. Er hat das schon durch seine Zustimmung kundgegeben. Es würde die Wirkung unserer Stellungnahme nach außen abschwächen, wenn irgendeine Diskussion eintreten würde. (Sehr wahr!) Die Wirkung kann nicht stärker sein, als wenn wir der Resolution einstimmig ohne Debatte unsere Zustimmung geben. Es würde aber unbedingt eine Debatte zur Folge haben müssen, wenn wir die Amendements mit in die Abstimmung hineinnehmen würden. (Sehr richtig!) Wir haben die Amendements nicht gedruckt vor uns, sie wurden uns nur

vorgelesen; das ist bei einer so wichtigen Entscheidung kein Verfahren, das wir verantworten können. (Sehr wahr!) Ich will nicht auf die Begründung durch Frau Lugemburg eingehen, aber wenn man hier so nebenbei damit zugleich die Kolonialfrage aufrollen zu können glaubt, so ist es unmöglich, daß das geschehen könnte ohne eine Diskussion, die nur geeignet wäre, den Eindruck unserer Marokkofundgebung in der gegenwärtig vorliegenden aktuellen Frage abzuschwächen. (Zustimmung.) Ich bitte Sie (nach links), sich die Abschwächung des Eindruckes unserer Kundgebung durch eine Diskussion zu vergegenwärtigen, und dann werden Sie ihre Anträge zurückziehen. Ich glaube, der Parteitag hat in seiner überwältigenden Mehrheit die Absicht, der Resolution Bebels ohne weiteres die Zustimmung zu geben. Das wird die denkbar kraftvollste Demonstration in der gegenwärtigen wichtigen und kritischen Situation der Weltpolitik sein. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Diek: Ich entnehme aus den Ausführungen Davids, daß er eigentlich den Schluß der Debatte beantragt. (Zustimmung.) Ich nehme dann des weiteren an, daß er für den Schluß der Debatte gesprochen hat. Ich erteile nunmehr dem Genossen Liebknecht das Wort gegen den Schluß der Debatte.

Dr. Liebknecht: Ich habe eben noch ein neues Amendement eingebracht. (Große Unruhe.) Es handelt sich um einen wichtigen Punkt, um eine Ergänzung der Resolution und eine Ergänzung des Bebelschen Referats. (Unruhe und Schlußrufe.) Ich vermittele in dem Bebelschen Referat fast jeden Hinweis auf die Aktion der deutschen Massen, was sie bereits getan haben und was sie an Demonstrationen und Aufklärungsstätigkeit noch weiterhin zu tun haben. (Schlußrufe und Rufe: Das wissen wir schon selbst!) Es ist unbedingt notwendig, daß in der Resolution der Massen nicht vergessen wird. Es wird gar nicht von der gegenwärtigen Aktion gesprochen und nur allgemein auf ein späteres Stadium hingewiesen. Um dieser Resolution eine unmittelbare Wirkung nach außen hin zu geben, muß mein Amendement angenommen werden. Die Massen draußen müssen aufgerüttelt werden. Sie müssen zu lebhaften Demonstrationen und Aktionen gegen den Krieg aufgerufen werden. (Lebhafte Unruhe; Bebel ruft: Ist das zur Geschäftsordnung?) Wir können jetzt noch nicht Schluß der Debatte machen. (Widerspruch.)

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Bebel nimmt das Schlußwort: Ich habe sehr wenig zu sagen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die vorgeschlagene Resolution nicht alles enthält, was gesagt werden könnte. Ich bin mir auch sehr wohl bewußt, daß ich über die Marokkofrage statt anderthalb Stunden drei Stunden hätte sprechen können. Was aber in der Resolution fehlt, das haben die Genossen schon aus eigenem hingugelegt und werden es noch weiter tun. (Beifall.) Wir war nur darum zu tun, in aller Kürze die Hauptpunkte darzulegen, auf die es ankommt. Wenn der Parteitag die Resolution annimmt, dann spricht er deutlich aus, was er in der Frage getan hat, wie er denkt und was er weiter tun wird. (Stürmischer Beifall.)

Vors. Diek: Wir kommen zur Abstimmung über die Resolution 71 und die vier dazu vorliegenden Amendements. (Lebhafte Zurufe: Die Amendements zurückziehen! — Bebel: Ach laßt sie doch!)

Die vier Amendements zu der Resolution des Parteivorstandes werden mit großer Mehrheit abgelehnt. Darauf wird die Resolution über die Marokkofrage (Nr. 71) einstimmig angenommen. (Anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Diek: Wir kämen jetzt zum Referat Bebels über die Reichstagswahlen. Bebel bittet aber, jetzt erst die Maifeier vorzunehmen und dann sein Referat entgegenzunehmen.

Damit ist der Parteitag einverstanden.

Darauf tritt eine Pause von 10 Minuten ein.

Nach der Pause erhält das Wort zum Punkt

Maifeier

Spannend: Parteigenossen und Genossinnen! Die Verhandlung über die Maifeier gehört ja zum eisernen Bestand der Tagesordnung unserer Parteitage, und das war bisher auch notwendig, da zeitweilig sehr verschiedene Auffassungen über die Art der Maifeier, wenn nicht zur Geltung kamen, so doch zur Geltung zu bringen versucht wurden. Nach der Beschlußfassung der internationalen Kongresse und nach den Beschlüssen unserer seitherigen Parteitage soll die Maifeier am 1. Mai stattfinden und ihre würdigste Art soll die Arbeitsruhe sein; doch ist hinzugefügt, daß die Arbeitsruhe dort durchzuführen ist, wo die Möglichkeit dazu ohne bedeutende wirtschaftliche Schädigung vorhanden ist. Vielfach gingen nun die Bestrebungen dahin, die Feier zwar am 1. Mai vorzunehmen, aber ohne Arbeitsruhe, und die Feier auf den Abend zu beschränken; andere Bestrebungen gingen dahin, die Feier nach den örtlichen und territorialen Bedürfnissen am Sonntag nach dem 1. Mai stattfinden zu lassen. Demgegenüber hat die Partei immer daran festgehalten, daß die Feier am 1. Mai durchzuführen und wenn möglich durch Arbeitsruhe zu erfolgen hat. Seit dem Nürnberger Parteitag ist in der Frage nach Änderung der Maifeier Ruhe eingetreten. Es machen sich nicht mehr die Bestrebungen geltend, sie auf den Abend oder auf den Sonntag zu verlegen. Wir haben gewünscht, das Unterschlüsselwesen für die insolge der Maifeier Ausgesperrten auf dem Nürnberger Parteitag zu regeln. In dem vorjährigen Parteitagebericht über diesen Gegenstand ist darauf hingewiesen, daß in der Mehrheit der Bezirke, die eingerichtet sind, um einen Maifeierfonds zur Unterstützung der Ausgesperrten zu schaffen, Vorbereitungen hierfür getroffen sind. Diese Vorbereitungen sind weiter gediehen und in den einzelnen Bezirken haben die Parteigenossen die Fondsbildung vorgenommen, wenn er auch in vielen Fällen noch nicht eine solche Höhe angenommen hat, daß bei einer Aussperrung im größeren Umfange die Betroffenen vollaus befriedigt werden könnten. Aber diejenigen, die bisher gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai opponierten, sind jetzt der Verständigung auf dem Mannheimer Parteitag zwischen den Gewerkschaften und dem Parteivorstand von der Opposition zurückgekommen, und die Maifeier hat immer größeren Umfang und immer schönere Formen angenommen. Die Gewerkschaften haben die Unterstützung der Ausgesperrten anstandslos übernommen, und Schwierigkeiten sind durch die Unterstützung der Ausgesperrten nicht entstanden. Im vorigen Jahre fand die Maifeier an einem Sonntage statt, und, wie nicht anders zu erwarten, konnte berichtet werden, daß sie großartig ausgefallen war. Auch im diesjährigen Bericht konnten wir feststellen, daß, obgleich die Maifeier auf einen Montag fiel, sie durchaus nicht hinter der des Vorjahres zurückstand, sondern an Umfang und Zahl der Beteiligten zugenommen hat. Das ist mit darauf zurückzuführen, daß das Unternehmertum in Zeiten des wirtschaftlichen Aufstieges doch nicht so aussperrungslustig ist, wie in Zeiten der wirtschaftlichen Depression. Das sehen wir ja auch an dem Stand der gegenwärtigen Verhandlungen im Metallgewerbe; die Unternehmer überlegen es sich zwei- und dreimal, ob sie zu der angebotenen Aussperrung übergehen sollen. Wenn in den Unternehmerorganisationen nicht Verbandsbeschlüsse existierten, die die einzelnen Orts-